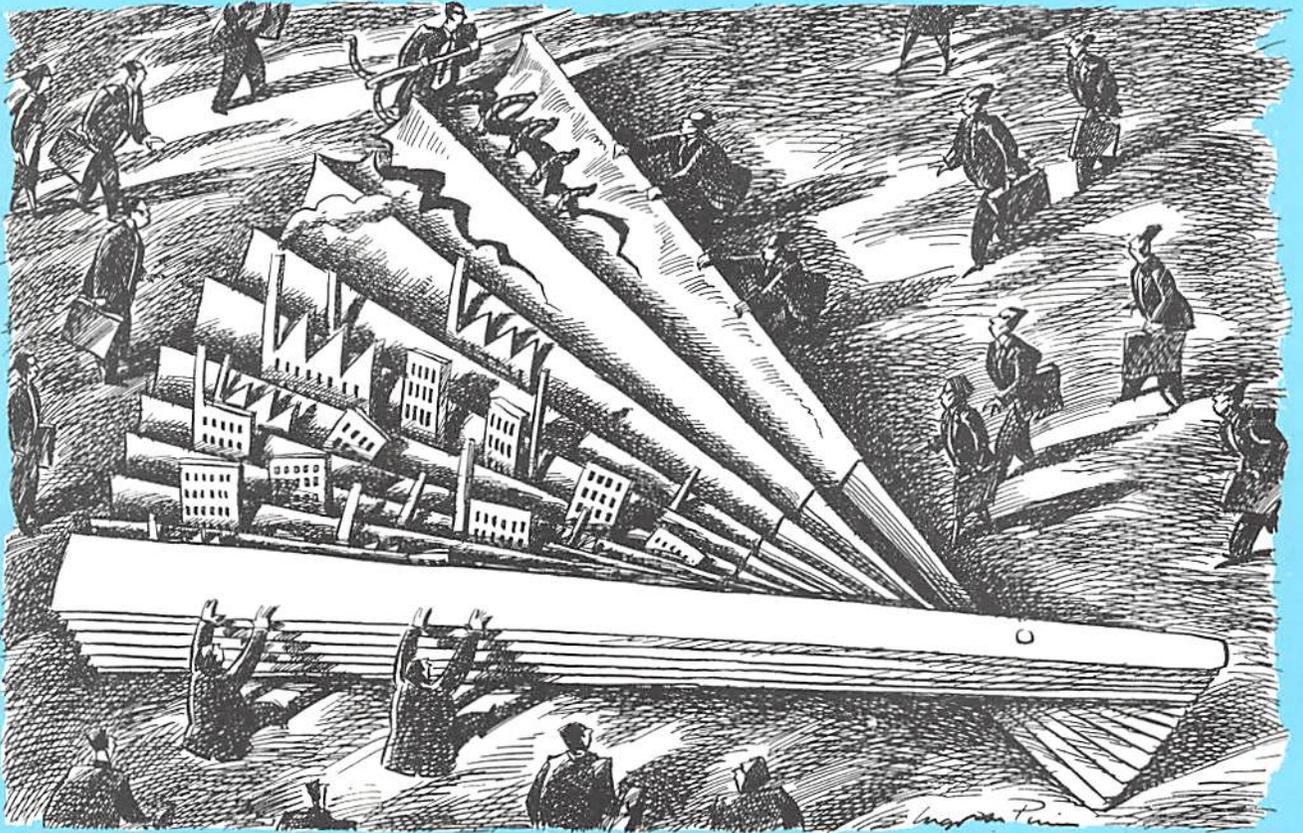


Frank Deppe

# Arbeitslosigkeit, Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften



## in der Europäischen Union

Titelabbildung aus »Financial Times«

Supplement der Zeitschrift **Sozialismus** 2-96

ISSN 0721-1171, Schutzgebühr DM 3,-

© Sozialistische Studiengruppe (SOST) e.V. 1996

Redaktion **Sozialismus**, Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg, Telefon und Fax 040/250 10 11

Druck und Buchbinderarbeiten: Idee, Satz und Druck, Hamburg

# Arbeitslosigkeit, Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften in der Europäischen Union

■ von Frank Deppe

## Das »europäische Sozialmodell«

Im Mai 1995 verabschiedete der Kongreß des europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ein Grundsatzpapier mit dem Titel »Europa: Beschäftigung und Solidarität müssen im Mittelpunkt stehen«. Es befaßt sich mit Wegen aus der Arbeitslosigkeit, von der 1995 ca. 20 Millionen Menschen in der EU betroffen sind. Zugleich formuliert es – im Hinblick auf die EU-Regierungskonferenz des Jahres 1996 (»Maastricht-II«) – Perspektiven einer europäischen Sozialunion und stützt sich dabei auf die beiden Weißbücher der EU-Kommission zu »Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« (1993) sowie zur »Europäischen Sozialpolitik« (1994).

Die EGB-Gewerkschaften setzen sich dafür ein, daß im globalen Wettbewerb das »europäische Modell«<sup>1</sup> nicht in Frage gestellt werden darf. Es soll vielmehr als »Trumpf für die europäische Erneuerung« erhalten und in der »sozialen Union« ausgebaut werden. »Dieses Modell, das gekennzeichnet ist durch einen auf Solidarität basierenden sozialen Schutz von hohem Niveau, durch die zentrale Rolle der öffentlichen Dienste, die Stellung der Tarifverhandlungen und durch verschiedene Modelle der Mitbestimmung, gründet sich auf den unerläßlichen Kompromiß zwischen den Marktkräften und dem demokratischen Staat«. Es entspricht »besser als andere – wie z.B. das amerikanische oder japanische Modell – der immer dringlicher werdenden Notwendigkeit, die Menschen ins Zentrum des Entwicklungsprozesses zu stellen«. Die EGB-Gewerkschaften wissen sehr wohl, daß dieses Modell bedroht ist; denn »die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise ist Ursache für schwerwiegende Risse im Sozialgefüge. Um unser Modell zu bewahren, muß die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung ein politischer, wirtschaftlicher und sozialer Schwerpunkt der Europäischen Union werden« (EGB 1995: 1018/19).

Dieses Programm läßt zunächst den zentralen gesellschaftspolitischen Stellenwert erkennen, der dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und den mit ihr verbun-

denen Ausgrenzungsprozessen von Seiten der europäischen Gewerkschaften beigemessen wird. Daß dieses Programm in der politischen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurde, illustriert zunächst einmal – oberflächlich – die schwache Position der Gewerkschaften auf dem Gebiet der nationalen wie der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik. Zugleich wird dabei die These bestätigt, daß der EGB eine »schwache Organisation ohne effektive supranationale Autorität und ohne Mitgliederbeteiligung« ist (Ebbinghaus/Visser 1994: 239).

Die Schwäche der in diesem Programm artikulierten politischen Strategie wird freilich auch an seinen Inhalten deutlich. Im Grunde wird mit der Fixierung auf das »europäische Modell« eine defensive Position eingenommen. Der frühere Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hatte in den 80er Jahren das Konzept eines sozial bzw. sozialpartnerschaftlich regulierten Kapitalismus (also das deutsche Modell der »sozialen Marktwirtschaft«) propagiert, um auf diese Weise die Akzeptanz für das Binnenmarkt-Programm '92 – vor allem bei den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien – zu verbessern.<sup>2</sup>

Seit Maastricht (1991) jedoch, wo mit den EU-Verträgen der Primat nicht der sozial- und beschäftigungspolitischen, sondern der monetären Integration festgeschrieben

---

*Frank Deppe* ist Professor für Politikwissenschaft in Marburg. Der hier geringfügig überarbeitete und erweiterte Text erschien zuerst in: H. J. Bieling (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich*. Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Studie Nr. 7, Marburg 1995, S. 341-368.

<sup>1</sup> Das »europäische Gesellschaftsmodell« wird im »Weißbuch« zur Sozialpolitik (1994: 9) wie folgt definiert: »Dazu zählen Demokratie und Persönlichkeitsrechte, Tariffreiheit, Marktwirtschaft, Chancengleichheit für alle sowie soziale Sicherheit und Solidarität«.

<sup>2</sup> Im Interview mit dem amerikanischen Wirtschaftsjournalisten D. Burstein (1991: 65/66) hat Jacques Delors dieses Projekt wie folgt charakterisiert: »Er glaubt, Europa werde auch eine neue Form des Kapitalismus schaffen, das richtige Gleichgewicht zwischen dem japanischen, »zu kollektivistischen«, und dem amerikanischen, »zu individualistischen« Modell finden«.

wurde, hat diese Vision auch deshalb Schaden genommen, weil sich – verstärkt durch die Wirtschaftskrise 1992/93 – in allen Staaten noch einmal kräftig die Arbeitslosigkeit erhöhte. Das »Delors-Weißbuch« von 1993, auf das sich das EGB-Programm ausdrücklich bezieht, stieß schon im Vorfeld seiner Erstellung auf massive Kritik von Seiten mächtiger Akteure – der Unternehmerverbände ebenso wie der deutschen Bundesregierung (Bultemeier/Deppe, 1995). Bei den Positionen zur Regierungskonferenz 1996 spielten Fragen der Sozial- und Beschäftigungspolitik, der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte usw. bislang überhaupt keine Rolle (vgl. Europäische Dokumentation 2/1995; Weidenfeld 1995). Angesichts der vielfach konstatierten Schwäche bzw. Krise der Gewerkschaften in Europa erscheint es freilich als höchst zweifelhaft, ob diese noch bis zum nächsten Jahr so viel politischen Druck entfalten können, damit die im »Weißbuch 1993« enthaltene Absichtserklärung, bis zum Jahre 2000 15 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, zum Gegenstand der Konferenz werden könnte, um auf diese Weise einen wirkungsvollen »Schritt zu einem europäischen Sozialmodell« (Kowalski 1995: 516)<sup>3</sup> zu vollziehen. Zunächst soll nach den Gründen für diese Schwäche gefragt werden.

## Ökonomische und politische Zyklen

Die Ohnmacht der Gewerkschaften auf der EU-Ebene ist nicht allein Resultat der strukturellen (gleichsam »klassischen«) Defizite und Blockaden eines wirkungsvollen gewerkschaftlichen Internationalismus, die nicht mehr gesondert diskutiert werden sollen (Deppe 1989; Deppe 1990: 45ff.). Vielmehr geht es zunächst um die Frage, ob zwischen dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre – also dem Anstieg einer »Überbevölkerung«, deren Arbeitskraft außer Wert gesetzt wird (Exklusion) – und den Prozessen der Erosion gewerkschaftlicher Macht und Durchsetzungsfähigkeit ein Zusammenhang besteht.

Seit den Anfängen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hatte sich die Erfahrung verfestigt, daß der Krisenzyklus der kapitalistischen Akkumulation nicht allein die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, sondern auch die Handlungsbedingungen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen struktu-

riert. Bis zur Weltwirtschaftskrise nach 1929 läßt sich dieser Wirkungszusammenhang so zusammenfassen: In Perioden der Belebung und Prosperität wird aufgrund der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften die »Überbevölkerung« bzw. die »industrielle Reservearmee« abgebaut. Das sind in der Regel Perioden einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik – sowohl im Hinblick auf die Lohnentwicklung und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, als auch im Hinblick auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen und die damit verbundene Finanzmacht der Gewerkschaften. Namentlich in den beiden langen Prosperitätsphasen bzw. Golden-Age-Perioden des Kapitalismus

– die eine nach dem Ende der »Großen Depression« etwa Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts bis etwa 1910/11, die andere nach dem Zweiten Weltkrieg, von 1948 bis Anfang der 70er Jahre – hat sich dieser Zusammenhang bestätigt.

Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften in Perioden des Abschwungs und der Depression mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der Regel in die Defensive geraten und haben in politischen und sozialen Auseinandersetzungen Niederlagen hinnehmen müssen (für die Entwicklung in Deutschland nach 1929 vgl. Deppe/Roßmann 1981). Auch die Zahl der Streiks (und der Teilnehmer an Streiks) – so die These von Alvin Hansen – wächst mit dem Boom und fällt mit der Rezession (vgl. von Beyme 1977: 152). Die Gründe dafür sind sozialökonomischer, politischer und sozialpsychologischer Natur. Die Fluktuation der Mitgliedschaft in Zeiten der Depression war wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosen – sei's aus Geldnot, sei's aus Desinteresse und politischer Apathie, sei's aus Wut auf die »Bonzen« der Gewerkschaftsapparate – ihre Beiträge nicht mehr bezahlten. Arbeitslosigkeit, mehr noch Angst vor Arbeitslosigkeit, erzeugt Entsolidarisierung (infolge von schärferem Konkurrenzdruck) und stärkt damit die gesellschaftliche und politische Macht der Unternehmer.

Die Spaltungslinien verlaufen nicht allein zwischen den Individuen, sondern auch zwischen den noch Beschäftigten und den Arbeitslosen, zwischen den Lohnabhängigen verschiedener Branchen (z.B. Privatwirtschaft/öffentlicher Dienst), zwischen Einheimischen und Ausländern, Männern und Frauen, Jungen und Alten usw. Sind die Gewerkschaften geschwächt (z.B. durch Niederlagen in Streiks) bzw. handlungsunfähig, werden die Unternehmer

riert. Bis zur Weltwirtschaftskrise nach 1929 läßt sich dieser Wirkungszusammenhang so zusammenfassen: In Perioden der Belebung und Prosperität wird aufgrund der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften die »Überbevölkerung« bzw. die »industrielle Reservearmee« abgebaut. Das sind in der Regel Perioden einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik – sowohl im Hinblick auf die Lohnentwicklung und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, als auch im Hinblick auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen und die damit verbundene Finanzmacht der Gewerkschaften. Namentlich in den beiden langen Prosperitätsphasen bzw. Golden-Age-Perioden des Kapitalismus

**Seit Maastricht (1991),  
wo mit den EU-Verträgen  
der Primat nicht der so-  
zial- und beschäftigungs-  
politischen, sondern der  
monetären Integration  
festgeschrieben wurde,  
hat die Vision des »euro-  
päischen Modells« Scha-  
den genommen, weil sich  
in allen Staaten noch ein-  
mal kräftig die Arbeitslo-  
sigkeit erhöhte.**

und ihre Organisationen in die Lage versetzt, eine Senkung der Arbeitskosten (Lohn- plus Lohnnebenkosten) sowie Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen und im politischen Bereich eine Revision jener Sozialgesetze und Partizipationsrechte zu fordern, die in der vorangehenden Prosperitätskonstellation – auch aufgrund des starken Einflusses der Gewerkschaften – durchgesetzt worden waren.<sup>4</sup> Kurzum, Massenarbeitslosigkeit erwies sich stets als ein Mittel der »Disziplinierung« – nicht nur der Lohnabhängigen, sondern vor allem auch ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.

Allerdings bestand neben dem ökonomischen stets auch ein politischer Krisenzyklus. In Perioden der Prosperität nahm der Einfluß der Gewerkschaften (und ihrer auf Alltagsprobleme und Reformen orientierten Arbeit) zu, während die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung eine geringere Rolle spielten oder sich auf die parlamentarische Reformarbeit konzentrierten. In Perioden der Krise hingegen kehrte sich dieses Verhältnis oftmals um. Während die Gewerkschaften an Macht und Handlungsfähigkeit einbüßten, radikalisierte sich die politische Arbeiterbewegung – nicht nur in ihrer Programmatik, sondern auch über politische Massenaktionen (z.B. Generalstreiks), in denen revolutionäre Forderungen und Strömungen, die eine »Umwälzung der bestehenden Herrschaftsordnung« zum Ziel haben, in den Vordergrund traten und damit die Repressivgewalt des bürgerlich-kapitalistischen Staates herausforderten.

Diese diskontinuierliche Bewegung von Kampfzyklen – als Reaktionsformen auf den Konjunkturzyklus sowie auf den Zyklus von Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit – sollte freilich nicht als ein gleichsam überhistorisches Muster für die Erklärung der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Klassenkämpfe seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mißverstanden werden (schon empirische Länderstudien werden auf vielfältige Abweichungen von einer solchen »Gesetzmäßigkeit« aufmerksam machen). Vor allem in der sog. »Zwischenkriegsperiode« – zwischen 1917/18 und 1945, im Erfahrungszusammenhang der politischen und ökonomischen Krisenprozesse im Imperialismus (radikalisiert noch durch die Erfahrung der beiden Weltkriege und des Faschismus) – vollzog sich eine scharfe Polarisierung und Politisierung der sozialen Konflikte. Auch am Ende der sog. »Golden-Age«-Nachkriegsprosperität, also seit Mitte der 60er Jahre, erfolgte – als Reaktion auf die ersten Anzeichen für die krisenhafte Erosion der (atlantischen) fordistischen Formation – zunächst einmal eine Radikalisierung und Politisierung vor allem der westeuropäischen Gewerkschaften, die ab Mitte der 70er Jahre zerfiel bzw. in Niederlagen und Rückzugsgedechten auslief.

Der politische Kampfzyklus hat sich also in dieser Periode »totgelaufen«. Der ökonomische Zyklus hingegen,

der mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit (und ihrem – sich immer mehr von den Wachstumszyklen entkoppelnden – kontinuierlichen Ansteigen bis zum Beginn der 90er Jahre) zugleich die Macht der Gewerkschaften auszehrt und diese »diszipliniert«, scheint seine Wirkungen uneingeschränkt zu entfalten. Es sind gerade diese Abweichungen vom Trend, die einer Erklärung bedürfen: auf der einen Seite das »Ende der Vollbeschäftigung« und die Entkoppelung von Wachstumszyklus und Arbeitsmarktentwicklung; auf der anderen Seite der Sachverhalt, daß auch beim erneuten Kriseneinbruch Anfang der 90er Jahre und dem weiteren Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit eine politische Radikalisierung (im Sinne einer Klassenkampforientierung) der Gewerkschaften in den Metropolen des Kapitals bislang nicht eingetreten ist. Im Gegenteil, die Erosion gewerkschaftlicher Macht und Handlungsfähigkeit scheint sich fortzusetzen und dabei eine strategische Rückorientierung auf pragmatische, korporatistische und sozialpartnerschaftliche Handlungsmuster zu verstärken.

## Der keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiß

Der gleichsam »klassische« Wirkungsmechanismus des ökonomischen und politischen Krisenzyklus wurde durch den modernen Interventions- und Wohlfahrtsstaat des 20.

---

<sup>3</sup> Der Verfasser, Mitarbeiter der Grundsatzabteilung der IG Metall, vertritt allerdings die – verhalten formuliert – merkwürdige Auffassung, daß die Linke antieuropäisch eingestellt sei. Seine Formulierungen legen freilich die Vermutung nahe, daß er offenbar ein zutiefst gestörtes Verhältnis zu der Linken hat. »Für die Linke und Linksintellektuelle ist Europa ein Nicht-Topos, ein partikularistisches Umding, das den Fortschritt zum Universalismus, zur Weltgesellschaft, zum »Weltbürgerstaat« (Dahrendorf), zum »Weltbürgerstatus«, der sich bereits »in Umrissen« abzeichne (Habermas), stört; Europa verstellt die Menschheitsperspektive und manifestiert sich als neue Festung, Abschottungsgemeinschaft und geschlossene Wohlstandsinsel, ist also zu bekämpfen« (S. 512).

<sup>4</sup> In der Schrift »Lohn, Preis, Profit« (MEW, 16: 146) hat Karl Marx auf diesen Zusammenhang hingewiesen: »Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phase der Krise und der Stagnation, ist der Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohnes gewärtig«. Im ersten Band des »Kapital« (MEW 23: 669) hat Marx die Bedeutung der Gewerkschaften gerade darin gesehen, daß sie die Konkurrenz unter den Arbeitern aufheben und so einen gewissen Schutz gegen die objektiven Gesetze der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit, d.h. gegen die vollendete Despotie des Kapitals gewähren: »Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren, und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Überbevölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trades' Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zehrt das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des »ewigen« und sozusagen »heiligen« Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das »reine« Spiel jenes Gesetzes«.

Jahrhunderts modifiziert. Dieser war einerseits – mit den ersten Schritten auf dem Wege der Bildungspolitik und der Sozialgesetzgebung (z.B. Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Urlaubsregelungen usw.) – Reaktion auf den zunehmenden Einfluß der sozialistischen Arbeiterbewegung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Die Polarisierung der Klassengegensätze – damit der Klassenkampf – sollte entschärft werden. Andererseits hat sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg – nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und des Faschismus, des New Deal in den USA, der Kriegswirtschaftspolitik, der Wiederaufbauprogramme nach 1945 und der Systemkonkurrenz – die Struktur eines »wohlfahrtsstaatlich gestützten Kapitalismus« (welfare capitalism) herausgebildet und durchgesetzt. Der »keynesianische Wohlfahrtsstaat« umfaßt nicht allein Schutzvorkehrungen vor den klassischen sozialen Risiken (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Armut), sondern übernimmt – in einem weiten Sinne – die politische Verantwortung sowohl für die Stabilität der Gesamtwirtschaft als auch für die »soziale Kohäsion« der Gesellschaft. Insofern gehören Fragen der Beschäftigung und der Qualifikation des Arbeitsvermögens, der Lohn- und Nachfrageentwicklung, der makroökonomischen Steuerung, aber auch Fragen der Entwicklung der Infrastruktur, des Wohnens und der Kultur zu seinen integralen Aufgaben (Esping-Anderson 1990:2).

Der »Klassenkompromiß« des nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaates war zunächst einmal an die allgemeinen Bedingungen des Wirtschaftswachstums, der Arbeitsproduktivität, des Massenkonsums, der relativen »Vollbeschäftigung«, der Liberalisierung des Welthandels, der Pax Americana nach 1945 (vgl. dazu neuerdings Jakobitz 1995: 46ff.) usw. gebunden. Dazu kam, daß seine Leistungen im Bereich der Beschäftigungsentwicklung und der Armenunterstützung auf Ausnahmesituationen hin konzipiert waren. Die Beiträge der im »Normalarbeitsverhältnis« stehenden (überwiegend männlichen) Lohnabhängigen sollten in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs und des Ansteigens der Arbeitslosigkeit »antizyklisch« – vor allem im Hinblick auf die Stützung der Nachfrage<sup>5</sup> – eingesetzt werden.

Es war also das Vertrauen auf die Kontinuität des Wirtschaftswachstums – getragen von den Kernsektoren der fordistischen Massenproduktion, das den Wohlfahrtsstaat (bzw. »social democracy«) auch für Konservative (die in

den 50er Jahren in den meisten westeuropäischen Staaten die Regierungsmehrheit bildeten) akzeptabel machte. Dazu kam, daß die je verschiedenen Typen des Wohlfahrtsstaates (Esping-Anderson) von den Kräftekonstellationen der Klassen, von Bündnisbeziehungen zwischen Klassen und Klassenfraktionen (z.B. zwischen Arbeiterschaft und Bauern) und von dem historisch gewachsenen Gewicht der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – unter Einfluß ihrer Gewerkschaften – abhingen. In Nordeuropa (sowie in Österreich und in der BRD) war deren Einfluß größer als im Süden, wo sich erst in den 60er und 70er Jahren – nach dem Sturz der Diktaturen (in Portugal, Griechenland und Spanien) – eigenständige »eurosozialistische« Parteien entwickelten, die in der Regel in Konkurrenz zu den starken kommunistischen Parteien ihrer Länder standen.

Struktur und Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates hingen also wesentlich von zwei Faktoren ab: von der Wachstumsdynamik und Leistungsfähigkeit der Nationalökonomie, die überhaupt erst die wohlfahrtsstaatlichen Verteilungsspielräume eröffnete, und von einer starken Sozialdemokratie, die im Kalten Krieg als Bollwerk gegen den Kommunismus fungierte und sich wesentlich von der Programmatik des Klassenkampfes für eine sozialistische Gesellschaftsordnung verabschiedet hatte. »Die Tatsache, daß in den sozialstaatlichen Massendemokratien der Klassenkonflikt, der die kapitalistischen Gesellschaften in der Phase ihrer Entfaltung geprägt hatte, institutionalisiert und damit stillgelegt worden ist« (Habermas, 1981: 576), führte eben auch zu einer »Befriedung« und »Verstaatlichung« der Parteien und Gewerkschaften der Linken.<sup>6</sup>

Die Erosion der ökonomischen wie der politischen Erfolgsbedingungen des wohlfahrtsstaatlichen Modells mußte daher vor allem die Gewerkschaften treffen, die seit dem Ende der 60er Jahre noch einmal kräftige Mitgliederzuwächse sowie insgesamt einen erheblichen Machtzuwachs erfahren hatten (Baglioni, 1990). Das »Totlaufen« des politischen Kampfzyklus, von dem zuvor die Rede war, hängt auf jeden Fall mit diesen Voraussetzungen der wohlfahrtsstaatlichen Integration der Gewerkschaften zusammen; denn Festschreibung der Massenarbeitslosigkeit und Krise (d.h. Erosion und politisch betriebener Abbau) des Wohlfahrtsstaates wirken zusammen und verstärken so die Fragmentierung der Gesellschaft und die Auflösung

## **Struktur und Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates hingen also wesentlich von zwei Faktoren ab: von der Wachstumsdynamik und Leistungsfähigkeit der Nationalökonomie und von einer starken Sozialdemokratie, die im Kalten Krieg als Bollwerk gegen den Kommunismus fungierte.**

des (fordistischen) Modells der Politik des sozialstaatlichen Klassenkompromisses.

## Die Krise der Gewerkschaften in Westeuropa

Bis zur ersten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit (1974/75) waren bereits zentrale ökonomische Stützpfeiler der Golden-Age-Periode ins Wanken geraten (Wachstumsrate, Produktivität, Profitrate und vor allem die Krise und Auflösung des Bretton-Woods-Regimes). Die politischen Auseinandersetzungen – mit einer scharfen Frontstellung der Neoliberalen gegen die Gewerkschaften und den Wohlfahrtsstaat (Cockett, 1995: 221ff.) – spitzten sich freilich erst seit Mitte der 70er Jahre zu, obwohl auch hier länderspezifische Differenzen (in bezug auf Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, aber auch auf politische Machtveränderungen) fortbestanden. Immer mehr schoben sich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen in den Vordergrund, die den Abschied von der Golden-Age-Periode – d.h. zugleich die Aufkündigung des Klassenkompromisses von seiten der Unternehmerverbände und der mit ihnen verbundenen politischen Kräfte – markierten.

■ Die Prämisse, daß kollektive Tarifvereinbarungen notwendig sind, um die Löhne gegen Inflationsdruck zu schützen und einen Anteil an den Produktivitätszuwächsen zu erlangen, wurde in Frage gestellt. Tarifverhandlungen wurden nunmehr meist durch einen Verzicht der Gewerkschaften auf frühere »Errungenschaften« bestimmt.

■ Forderungen nach Lohnflexibilität begleiteten Forderungen nach Beschäftigungsflexibilität (das Recht zum »Heuern und Feuern«).

■ Die Vollbeschäftigungspolitik wurde zugunsten von Regeln zur Steuerung von Geldwachstum und der Begrenzung der Staatsschulden aufgegeben.

■ Überall in den kapitalistischen Metropolen vollzog sich eine Marktöffnung, u.a. durch Privatisierung nationalisierter Industrien bzw. durch die Kürzung von Subventionen für strukturschwache Branchen (Glyn u.a., 1990: 115/6).

So wird deutlich, daß die Krise der europäischen Gewerkschaften, die sich – wiederum mit länderspezifischen Differenzen (Visser 1992) – seit dem Ende der 70er Jahre ankündigte, nicht *allein* auf die disziplinierenden Wirkungen der Massenarbeitslosigkeit zurückgeführt werden kann. Vielmehr entwickelt sich diese im Kontext einer umfassenden »Form-« bzw. »Formationskrise«, in der die Verfestigung struktureller Arbeitslosigkeit bzw. von dauerhafter Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Bevölkerung aus dem Erwerbssystem nur *ein* Moment bildet. Dazu kommt – um nur die wichtigsten Tendenzen anzusprechen – die Verminderung der Industriearbeiterschaft, die fast überall die soziale und organisatorische Basis der

»fordistischen Massengewerkschaften« gebildet hatte. Neue Sektoren – in den Bereichen der privaten Dienstleistungen und der Medien (Telekommunikation) – entstehen, in denen die Gewerkschaften nur schwer Fuß fassen. R. Hyman (1992: 151) unterscheidet dabei vier Momente im Prozeß der »Desaggregation der Arbeiterklasse«:

1. einen Wechsel vom Kollektivismus zum Individualismus, der sich sowohl in den sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgraden als auch in einer reduzierten Akzeptanz von kollektiv bestimmter Politik (im allgemeinen) reflektiert;

2. eine Polarisierung innerhalb der Arbeiterklasse zwischen Zentrum und Peripherie (die auch mit einer Trennung zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und nicht-organisierten Lohnabhängigen zusammenfallen kann);

3. ein zunehmender Partikularismus von kollektiven Identitäten und Projekten nach Unternehmen, Berufen und Branchen;

4. eine Fragmentierung innerhalb der organisierten Arbeiterklasse, die sich in Konflikten innerhalb der und zwischen den Gewerkschaften artikuliert und eine Schwächung der Autorität der nationalen Gewerkschaftsführungen und vor allem der zentralen Dachverbände nach sich zieht.<sup>7</sup>

Schließlich geraten die Gewerkschaften politisch unter Druck. Der Sieg des Neoliberalismus – der Neuen Rechten – bedeutet zugleich die Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses, d.h. jener korporatistischen Arrangements, die z.T. im Ergebnis der Kämpfe der 70er Jahre

---

<sup>5</sup> So hatte z.B. der linksliberale, amerikanische Ökonom John K. Galbraith in den 50er Jahren gefordert, daß in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenunterstützung erhöht, in Zeiten niedriger Arbeitslosigkeit diese dagegen gekürzt werden sollte (Koesters 1983: 256/7).

<sup>6</sup> »Die entscheidende Leistung des modernen Sozialstaates als eines Mechanismus zur Regulierung des Klassenkonflikts besteht in der Kooptation der Arbeiterbewegung in ein vom Staat organisiertes System der kooperativen Konfliktverarbeitung. Das dazu entwickelte institutionelle Arrangement, das auf struktureller Ebene den historischen Kompromiß abbildet, der den reifen kapitalistischen Gesellschaften insgesamt zugrundeliegt, beruht auf einer engen gegenseitigen Verklammerung zwischen staatlichen Bürokratien und gesellschaftlichen Interessenorganisationen, durch die die traditionellen Unterscheidungen und Funktionsabgrenzungen zwischen Staat und Gesellschaft, öffentlicher und privater Sphäre, Gesetz und Vertrag, in weiten Bereichen an Bedeutung verloren haben. Dem Wandel des bürgerlichen Staates zum Interventions- und Wohlfahrtsstaat korrespondierte dabei das allmähliche Hineinwachsen der organisierten Vertretungen gesellschaftlicher Interessen, und gerade der Interessen der Arbeiterklasse, in einen quasi-öffentlichen Status, kraft dessen sie gemeinsam mit dem intervenierenden und planenden Staat gesellschaftlich bindende Entscheidungen zu treffen vermögen« (Streeck 1981: 1).

<sup>7</sup> Hyman vertritt dabei die Auffassung, daß diese Desaggregationsprozesse keineswegs zwangsläufig zu einer Auflösung von Arbeiterbewegung zum Ende des 20. Jahrhunderts führen müssen. Er erinnert daran, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert gleichsam ein beständiger Prozeß von Desaggregation und Einheit, von Einheit und Spaltung (vgl. dazu auch Deppe, 1981) gewesen sei. Gegenwärtig – so argumentiert er – vollzieht sich nicht eine Krise der Gewerkschaften schlechthin, sondern die Krise eines bestimmten, traditionellen Stils und einer traditionellen Programmatik der Gewerkschaften. »Die Desaggregation ist auf keinen Fall unvermeidlich« (164).

noch ausgebaut worden waren. Damit jedoch geriet auch der »politische Arm« der Gewerkschaften, die Sozialdemokratie, in eine Krise, die bis in die Gegenwart anhält. Allerdings muß dabei wiederum zwischen dem Norden und dem Süden Europas unterschieden werden. »In Nord- europa verlor die Linke (in den 80er Jahren) politisch und intellektuell an Boden, während die Rechte gegen sämtliche Errungenschaften der Nachkriegszeit zur Attacke blies« (Anderson, 1995: 2). In Südeuropa hingegen kamen die »Eurosozialisten« (in Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland, Italien) an die Macht. Nach dem Scheitern der französischen Linkskoalition Anfang der 80er Jahre paßten sich alle dem Druck des Weltmarktes (sowie der Währungspolitik der Deutschen Bundesbank im Rahmen des EWS) an, propagierten die Modernisierung ihres Landes in der Europäischen Union und nahmen dabei hohe Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, soziale Spaltungen, schließlich Korruption und den Verfall demokratischer Legitimität in Kauf. Dort wo sozialdemokratische Parteien seit Anfang der 90er Jahre wieder Mehrheiten errangen und in die Regierung zurückkehrten (wie z.B. in Schweden oder in Griechenland), akzeptierten sie den »Sachzwang«, die Politik der Flexibilisierung und Privatisierung, der Sanierung der Staatskassen durch Austerität und Sozialabbau fortzusetzen.

Ebbinghaus und Visser (1994: 227) haben die geradezu dramatischen bzw. existentiellen Herausforderungen, denen sich die Gewerkschaften in den Metropolen des Kapitals seit den späten 70er Jahren – verstärkt noch durch die Wirkungen der ökonomischen Globalisierung – konfrontiert sehen, mit einem einprägsamen Bild charakterisiert: »Nationale Gewerkschaften befinden sich wie auf einem Eisberg in der rauhen See, wobei die Haltemöglichkeiten zunehmend weniger werden und kaum für den Brückenschlag zur »grenzenlosen« Solidarität reichen«.

Auch die Entwicklung der Streiktätigkeit kann als Indikator für die Schwächung bzw. für die defensive Position der Gewerkschaften in den 80er Jahren herangezogen werden. Nach der Explosion der Streikaktivitäten in den 70er Jahren (Therborn 1984: 61; Therborn 1995: 311), gingen diese – vor allem in Ländern mit einem hohen Intensitätsgrad industrieller Konflikte (Großbritannien, Frankreich, Italien) – in den 80er Jahren deutlich zurück (vgl. die Länderberichte in Deppe/Weiner, 1991). Außer-

dem war nun – von wenigen Ausnahmen abgesehen (Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in der BRD) der defensive Charakter der Konflikte bestimmend geworden; denn die meisten Konflikte in den 80er und den frühen 90er Jahren »bestanden im Widerstand gegen Arbeitsplatzverluste, gegen Arbeitsintensivierung oder gegen Reallohninbußen« (Edwards/Hyman, 1994: 276).

## Vom korporatistischen zum flexiblen Kapitalismus

### **Nach dem Scheitern der französischen Linkskoalition Anfang der 80er paßten sich alle dem Weltmarkt an, propagierten die Modernisierung ihres Landes in der EU und nahmen hohe Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, soziale Spaltungen, Korruption und den Verfall demokratischer Legitimität in Kauf.**

Trotz der beträchtlichen Divergenzen zwischen den Organisationsstrukturen, Programmatiken und politischen Orientierungen der Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten der EU (Deppe/Weiner 1991; Däubler/Lecher 1991) sind in der Gesamtentwicklung seit den frühen 70er Jahren deutlich drei Phasen zu unterscheiden (Regini 1992: 1ff.). Der »kollektiven Mobilisierung« bzw. dem »Wiederaufleben des Klassenkonfliktes im Westeuropa« (C. Crouch) der späten 60er und frühen 70er Jahre folgte eine Phase der »Konzertierung« bzw. des »Neokorporatismus« seit Mitte der 70er Jahre (was sich auch in der kurzen Blüte der Korporatismus-Theorien in den Sozialwissenschaften reflektierte; von Beyme 1991: 129ff.). Der Machtzuwachs der Gewerkschaften ermöglichte korporatistische (tripartistische) Regime auf der nationalstaatlichen und makroökonomischen Ebene. Darin wurde freilich schon den veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen (niedrigere Wachstumsraten und Kriseneinbrüche, Inflationsdruck, steigende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung) Rechnung getragen. Im Austausch gegen die Sicherung bzw. den partiellen Ausbau von sozialstaatlichen Regelungen bzw. von Partizipationsrechten der Gewerkschaften akzeptierten diese zentrale Prämissen der staatlichen »Austeritätspolitik« sowie der Modernisierungsstrategien der Unternehmen, die von der Weltmarktkonkurrenz vorgegeben wurden. Solche Pakte zielten in der Regel auf die Begrenzung von Lohnzuwächsen, Staatsausgaben im Sozialbereich sowie der Streiktätigkeit.

Mit solchen Arrangements wurde eine Wende zur Akzeptanz von Basisprämissen der wirtschaftspolitischen Angebotsorientierung (Abschied vom Keynesianismus) eingeleitet. Die Gewerkschaften praktizierten dabei – oft-

mals noch unbewußt – einen »selektiven Korporatismus« (Esser 1982), der sich auf die Verteidigung der Lohn- und Arbeitsplatzinteressen der Noch-Beschäftigten konzentrierte. Erst als die Gewerkschaften in der Folge von Regierungswechseln mit neokonservativen/neoliberalen Mehrheiten politisch attackiert wurden und z.T. dramatische Niederlagen hinnehmen mußten (z.B. in Italien und in Großbritannien), wurde diese Rückzugposition erkannt. Leo Panitch hatte früh auf die »Falle« aufmerksam gemacht, in die sich gerade die militanten Gewerkschaften mit solchen Arrangements – vor allem auf dem Gebiet der Lohnpolitik – begeben hatten: »Soweit die Verteilungsaspekte *zwischen den Klassen* bei den Tarifverhandlungen im Rahmen einer korporatistischen Lohnbegrenzungspolitik zurücktreten, besteht für eine ›sozial bewußte‹ und zentralisierte Arbeiterbewegung ein zusätzlicher Druck, eine Politik zu entwickeln, die die der gesamten Arbeiterklasse zur Verfügung stehende Lohnsumme zugunsten der schlechter bezahlten Gruppen umverteilt. Dies könnte man als ›Sozialismus in einer Klasse‹ – im negativen Sinne – bezeichnen« (Panitch 1981: 15; bei F. W. Scharpf 1987, wurde diese Formel in ein positives Programm für eine sozialdemokratische Beschäftigungspolitik umgedeutet).

Die *dritte Phase* – etwa ab Mitte der 80er Jahre – wird von Regini als die der »Flexibilität« bezeichnet. Erst jetzt wird der grundlegende Wandel der strategischen Konstellation, die drastische Verschiebung der Kräftekonstellation zwischen Kapital und Arbeit zu Lasten der organisierten Lohnarbeit dominant, obwohl sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – bei konstanten bzw. noch steigenden Arbeitslosenquoten – erholte und zugleich mit dem Projekt »Europäischer Binnenmarkt '92« eine positive Wachstums- und Modernisierungsperspektive vorgegeben war, die sowohl von den Unternehmensverbänden als auch von der großen Mehrheit der europäischen Gewerkschaften getragen wurde (Busch 1991; Grahl/Teague 1990). »Im Gefolge der ökonomischen und politischen Veränderungen vollzog sich eine Verschiebung im Gravitationszentrum des ökonomischen Systems und der Arbeitsbeziehungen, die Veränderungen in der Tarifpolitik und der betrieblichen Interessenvertretung mit einschließt: eine Verschiebung von der Ebene des makroökonomischen Managements, von der wirtschaftspolitischen Konzertierung hin zur Mikroebene des Unternehmens. Das Management (der transnationalen Konzerne, F.D.) – und nicht der Staat – wurde zum zentralen Akteur bei der Anpassung an die neuen ökonomischen Bedingungen. Dabei gewann das Management die Initiative und Autorität zurück, die es im vergangenen Jahrzehnt verloren hatte. Das zog radikale Veränderungen für die Unternehmen und die sozialen Beziehungen nach sich« (Regini 1992: 7/8). Es ist – so schreibt Richard Hyman

1994 – heute ein Gemeinplatz festzustellen, daß »die Tagesordnung der industriellen Beziehungen vom Management festgelegt wird« (Hyman/Ferner, 1994: 4).

## Der Rückzug des Staates und die »neuen industriellen Beziehungen«

*Erstens* gilt der Rückzug des Staates aus der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und eine Aufwertung von Regelungen auf der Ebene der Unternehmen als allgemeiner Entwicklungstrend, der zugleich die Abkehr vom »keynesianischen Wohlfahrts-Nationalstaat« korrespondiert. Der Staat entnationalisiert und internationalisiert sich, während zugleich ein neuer Trend zur »Entstaatlichung politischer Regime« wirkt (Jessop, 1995: 11/12). Das bedeutet freilich nicht, daß die Staatstätigkeit für die Durchsetzung von Deregulierung und Flexibilisierung keine Rolle mehr zu spielen hätte. Im Gegenteil, die Staatsintervention in den 80er Jahren konzentriert sich vor allem darauf, die rechtlichen und gesetzlichen Bedingungen für die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Schwächung gewerkschaftlicher Positionen durchzusetzen. Es handelt sich – wie der italienische Gewerkschafter Bruno Trentin (1989a: 191) bemerkte – um »autoritäre Regierungsinterventionen – wie diejenigen zur Liberalisierung von Entlassungen, gegen closed shops, für festgelegte Lohnquoten oder für single-union- oder für Anti-Streik-Abkommen«.

In den 90er Jahren sind diese Interventionen in weitreichenden Privatisierungsmaßnahmen fortgeführt worden. Diese betreffen vor allem die Bereiche des Verkehrs und der Telekommunikation. Die Privatisierung von Bahn und Post bedeutet einen tiefen Einschnitt im Verhältnis von Ökonomie und Politik; denn seit dem späten 19. Jahrhundert war die Zuständigkeit des Staates für Bahn und Post in allen europäischen Ländern – u.a. auch aufgrund von militärischen Interessen – unumstritten. Heute definiert der Staat – mit der Privatisierung – die Spielregeln für das Marktverhalten und die Konkurrenz der großen transnationalen Konzerne vor allem im Telekommunikationssektor neu. Ohne Umbau des Staates zum »Wettbewerbsstaat« (Altvater 1994; Hirsch 1995) keine Chance für den nationalen Wirtschaftsstandort in der Weltmarkt- bzw. Triadenkonkurrenz – so die herrschende Ideologie. Dabei werden Konfliktpotentiale sowohl für die innereuropäischen als auch für die transatlantischen Beziehungen (hier: der Zugang der US-Konzerne zu den europäischen Märkten) reproduziert.

Aber auch für die historisch gewachsenen Strukturen der je nationalen Gewerkschaftsbewegungen bedeuten solche Maßnahmen einen tiefen Einschnitt. Zumal in den staatlichen Eisenbahn- und Postbetrieben hatten diese in der Regel sehr starke Positionen – nicht nur aufgrund

eines hohen Organisationsgrades, sondern auch aufgrund von Organisationssicherungen und relativen Privilegien, die sowohl für die Personalräte als auch für die Gewerkschaften selbst im Laufe der Jahrzehnte durchgesetzt worden waren und die nun in der Folge der Privatisierung – zusammen mit dem massiven Beschäftigungsabbau – zur Disposition gestellt werden. Außerdem steht bis zum Ende des Jahrzehnts über die geplante »Verschlankung« der öffentlichen Verwaltungen (vor allem auf der kommunalen Ebene), die wiederum mit Personalabbau und Privatisierungsmaßnahmen verbunden sein werden, ein neues Deregulierungsprojekt auf der Tagesordnung. Auch hier werden relativ privilegierte Positionen der Personalräte und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Frage gestellt werden.

*Zweitens* ist die Phase der »Flexibilität« dadurch gekennzeichnet, daß die Bedeutung der Lohnfrage gegenüber sog. »qualitativen« Aspekten der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und -beziehungen zurückgetreten ist. Darin reflektiert sich zum einen der relative Erfolg der monetaristischen (neoliberalen) Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die dem Kampf gegen die Inflation durch eine Politik des knappen Geldes unbedingte Priorität einräumt, dabei aber auch steigende Arbeitslosenzahlen und infolgedessen steigende Staatsverschuldung in Kauf nimmt. Das Absinken der Lohnquote zugunsten der Unternehmereinkommen (die allerdings nicht zur Erhöhung der Investitionsquote führten, sondern eher in den Sektor der Finanzspekulationen »abfließen«) seit den frühen 80er Jahren ist auch ein Ergebnis dieser Politik – und zugleich Ausdruck der zunehmenden Schwäche der Gewerkschaften in den Verteilungsauseinandersetzungen. Gleichzeitig sind die »verteilungsbedingten Nachfrageprobleme« (Zinn 1993) eine der wesentlichen, langfristig wirkenden Ursachen für die Stagnation des Wirtschaftswachstums sowie für die chronisch ansteigende Unterbeschäftigung.

Allerdings sind mit dem Bedeutungsverlust der Lohnfrage zugleich Auseinandersetzungen um die Flexibilisierung und Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund getreten. Während in der BRD (1984: Streik um die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie) sowie in Schweden (Mitwirkung der Gewerkschaften bei der staatlichen Beschäftigungspolitik) noch starke Gewerkschaften die Arbeitszeitverkürzung als tarif- und beschäftigungspolitisches Instrument zur Verringerung der Ar-

beitslosigkeit bezeichneten, wurde von Seiten der Unternehmer und der neoliberalen Regierungen die Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes (d.h. Aufhebung der angeblich starren und universellen Normen von Gesetzen und Tarifverträgen durch eine Öffnung zu den Betrieben) eingefordert. Sofern die Gewerkschaften Teilerfolge (bei der Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit) erzielten, wurden diese in der Regel durch Zugeständnisse bei der Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes und der Ausweitung der Betriebs- und Produktionszeiten kompensiert. Dazu kam die Bereitschaft, im Interesse der Beschäftigungssicherung auf Reallohnzuwächse zu ver-

zichten bzw. Einkommensminderungen – bei konjunkturebedingter Verkürzung der betrieblichen Arbeitszeit – zu akzeptieren. Zugleich wurden fast überall auf gesetzlichem Wege die Arbeitsmärkte liberalisiert (Bieling, 1995): durch Regelungen zur Ausweitung der Teilzeitarbeit, Erleichterung von Entlassungen, Legalisierung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, untertariflicher Bezahlung bei Neueinstellungen usw. usf. In der Folge dieser Dualisierung und Segmentierung der Arbeitsmärkte – vor dem Hintergrund weiter ansteigender Arbeitslosigkeit – verstärkten sich die Prozesse der »Desaggregation der Arbeiterklasse« (Hyman) und unterminierten die Artikulation einer solidarischen und kollektiven gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

*Drittens* hat sich mit der Verlagerung von der Makro- zur Mikroebene, von der Nachfrage- (Lohn-) zur Angebotsseite (Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit) die Konstruktion einer neuen Beziehung zwischen Kapital und Arbeit auf der Unternehmensebene als das Feld einer neuen Arbeitspolitik etabliert. Auf der einen Seite zielen »neue Produktionskonzepte« bzw. post-tayloristische Managementphilosophien auf die Nutzung von Kreativitätspotentialen des Faktors Arbeit. Sie propagieren eine »neue Unternehmenskultur«, die die Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auf dem Weltmarkt (KPV: kontinuierlicher Produktionsverbesserungsprozeß) mit mehr individuellen Freiheitsräumen in der Arbeitsgestaltung,<sup>8</sup> einer demokratischen Betriebsstruktur, Autonomie von Arbeitsgruppen, Förderung von Innovationszirkeln usw. usf. verbindet. Um diese Ziele zu erreichen, bieten die »fortschrittlichen Management-Fraktionen« den Gewerkschaften, den betrieblichen Interessenvertretungen, aber auch individuellen Be-

## **Mit der Verlagerung von der Makro- zur Mikroebene, von der Nachfrage- (Lohn-) zur Angebotsseite (Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit) hat sich die Konstruktion einer neuen Beziehung zwischen Kapital und Arbeit auf der Unternehmensebene als das Feld einer neuen Arbeitspolitik etabliert.**

schäftigten und Arbeitsgruppen Kooperationsarrangements an. Da solche Angebote in der Regel als alternative Überlebensstrategien des Betriebes in der transnationalen Konkurrenz begründet werden, bleibt den Belegschaften wie den Gewerkschaften kaum die Möglichkeit der Kooperationsverweigerung. Gleichzeitig eröffnet sich dabei in der Tat die Möglichkeit zu einer »Humanisierung der Arbeit«, die einerseits erweiterte Gestaltungsoptionen und die Chance einer Enthierarchisierung von Leitungs- und Herrschaftsstrukturen enthält, andererseits eine Anhebung der Qualifikation und damit – über die Produktivitätssteigerung – auch eine Verbesserung der Entlohnung der Arbeitskraft eröffnet, die dann durch Tarifvertrag und/oder betriebliche Vereinbarungen geregelt werden kann.

Allerdings sind solche Kooperationsformen – die euphemistisch oft so genannten »neuen industriellen Beziehungen« bzw. das »Co-Management« – mit erheblichen Risiken verbunden. Zunächst einmal sind die vom Management so bezeichneten »neuen Produktionskonzepte« vielfach – vor allem im Bereich der einfachen Produktionsarbeiten – eher strukturkonservative Rationalisierungsstrategien (Schumann u.a. 1994), die der betrieblichen Interessenvertretung und der Gewerkschaft keine andere Rolle als die eines »untergeordneten Agenten von ökonomischen Zwängen, die durch das Management bestimmt werden« (Streck 1992: 254), zuweist. Zudem korrespondiert die Bereitschaft des fortschrittlichen Managements für betriebliche Arrangements oftmals mit der dezidierten Ablehnung aller kollektiven – außer- bzw. überbetrieblichen – Regelungsformen und -instrumente (Tarifverträge, gesetzliche Regelungen). Kompromißbereitschaft gegenüber Betriebsräten, die Betonung der »corporate identity« usw., schließt daher in der Regel die Absicht ein, Koalitionen gegen »betriebsfremde« Gewerkschaften zu bilden. Dazu kommt meist noch das Interesse, auf diesem Wege den Betrieb nicht nur als »gewerkschaftsfreie«, sondern auch als »streikfreie Zone« abzusichern.

Schließlich tragen die Erfolge einer solchen kooperativen Rationalisierungsstrategie selbst noch zur »Verschlankung« der Belegschaften, d.h. zum Personalabbau (vor allem in der Industrie) bei. Gewerkschaften wie betriebliche Interessenvertretungen sehen sich daher mit einer Verschärfung betrieblicher und gesellschaftspolitischer Konfliktlinien konfrontiert, die sie zu einem »doppelten Spagat« herausfordern: »von arbeitspolitischer Modernisierung über Co-Management versus Aufbau und Erhalt von Gegenmacht sowie Durchsetzung moderner Arbeitsformen versus traditioneller Schutz- und Leistungs politik vor dem Hintergrund auseinanderdriftender Beschäftigungssegmente«. In der Folge wird Interessenvertretungspolitik wesentlich komplizierter: »Erstens: Spiegelbildlich zur anwachsenden Verbetrieblichungspro-

blematik nimmt auch im gesellschaftlichen Bereich (Stichwort: Massenarbeitslosigkeit) die Brisanz der Probleme zu, die Regulierungskraft der zuständigen Institutionen – von der Tarifpolitik bis zum Staat – im Gegenzug aber ab. Zweitens: Innerbetrieblich hat die – bislang ja durchaus erfolgreiche – Praxis vorgängiger Interessenvertretung aktuell noch keine erprobten Lösungen für das Problem einer stärker partizipationsorientierten Interessenvertretung hervorgebracht; spätestens mit der Ausweitung von Gruppenarbeitskonzepten – und nicht zuletzt im Zusammenhang von gesellschaftlich erzeugten Veränderungen von Partizipationsansprüchen – wird dies jedoch immer dringlicher« (Schumann u.a. 1994: 409/410).

Viertens schließlich wird konstatiert, daß die Gewerkschaftspolitik in Europa sich »entideologisiert« habe (Hoffmann 1995: 198f.) bzw. »pragmatischer« geworden sei (Regini 1992: 10). Die in den 70er Jahren noch stark ausgeprägten Differenzen zwischen den politischen Richtungsgewerkschaften – sowohl innerhalb der Staaten als auch auf der Ebene der internationalen Gewerkschaftspolitik – haben erheblich an Bedeutung verloren. Die sozialistischen und kommunistischen Richtungsgewerkschaften in Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal und Frankreich) waren schon Anfang der 80er Jahre in die Defensive geraten. Gleichzeitig hatten die britischen TUC-Gewerkschaften, deren linker Flügel sich auf die Basismilitanz der »Shop Stewards« sowie auf die politische Kampfkraft der Bergarbeitergewerkschaften (NUM) gestützt hatte, in der Auseinandersetzung mit dem Thatcherismus schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Außerdem mußte die Krise und der schließliche Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme Osteuropas nach 1989 vor allem den kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung in Westeuropa schwer treffen. Allerdings beginnt die Krise dieses Typus einer radikalen – auf die Transformation des Kapitalismus gerichteten – Klassenkampfpolitik in den westlichen Metropolen wesentlich früher. Daß dem »Eurokommunismus« (ebenso wie dem »Eurosozialismus«), der sich vom

---

<sup>8</sup> Unter einer sozialistisch-kommunistischen Regierung in Frankreich (nach dem Wahlsieg von F. Mitterand) sollte 1982 durch die sog. »Lois Auroux« der Arbeitnehmer als »ganzer Staatsbürger im Betrieb« anerkannt werden (durch die Einführung eines direkten und kollektiven Mitspracherechts der Arbeitenden, neben den traditionellen Institutionen der kollektiven Interessenvertretung) (Kißler 1985). Diese gesetzliche Regelung hat weder zu einer relevanten Erweiterung autonomer betrieblicher Partizipationsformen geführt, noch den Niedergang der französischen Gewerkschaften in den 80er Jahren aufgehalten (vgl. Heither 1991). Ob sie ihn noch zusätzlich befördert hat, sei dahingestellt. Auch das von Bruno Trentin und der italienischen CGIL Ende der 80er Jahre vertretene Konzept einer »Staatsbürgergewerkschaft«, die auf den »Erhalt individueller Rechte« zielt (Trentin 1989b: 108/9), ist vollkommen gescheitert. In einer neueren Untersuchung »Arbeit 2000« (Mathies u.a. 1994: 254ff.) wird eben dieser Grundgedanke der Ausweitung der individuellen Staatsbürgerrechte im Betrieb bzw. am Arbeitsplatz aufgegriffen, ohne auf die negativen Wirkungen der Lois Auroux bzw. auf das Scheitern des Trentinschen Konzeptes auch nur mit einem Wort einzugehen.

Modell des »real existierenden Sozialismus« und der Politik der Sowjetunion distanzierte, Mitte der 70er Jahre nur eine kurze Blüte vergönnt war, ließ schon erkennen, daß die Gründe dieser Krise eher in endogenen (mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel im Westen verbundenen), denn in exogenen Determinanten zu lokalisieren waren.

In den 80er Jahren schien sich eine Konvergenz in Richtung auf das »Modell Deutschland« (eine starke, exportorientierte kapitalistische Wirtschaft mit starken betrieblichen und gesellschaftspolitischen Machtpositionen der Gewerkschaften und einer hohen sozialstaatlichen wie arbeitsrechtlichen Regelungsdichte) anzudeuten. Angesichts der Erfolge und der relativen Stabilität der deutschen Gewerkschaften unter der konservativ-liberalen Regierung (ab 1982) nahm deren Ansehen im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zu. Diesem sind inzwischen – mit Ausnahme der französischen CGT – auch die früher dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) angehörenden Richtungsgewerkschaften (die italienische CGIL, die spanischen Arbeiterkommissionen, CC.OO., und die portugiesische CGT-P) beigetreten. Einige wollten bereits von einer »Pionierrolle« der deutschen Gewerkschaften bei der Ausgestaltung der »sozialen Dimension« des europäischen Binnenmarktes '92 sprechen.

Mitte der 90er Jahre sind solche Erwartungen bzw. Hoffnungen allerdings weitgehend desillusioniert. Die DGB-Gewerkschaften sind durch die sozialen Folgewirkungen der deutschen Einheit (insbesondere der Massenarbeitslosigkeit im Osten), aber auch durch die Folgen der Wirtschaftskrise 1992/93 mit erheblichen Binnenproblemen konfrontiert (Mitgliederverluste, Finanzprobleme, Organisationsreform). Dazu wird ihre gesellschaftspolitische Macht in den 90er Jahren durch den neuen Schub der Privatisierung und Deregulierung, durch den »Umbau des Sozialstaates« (Urban 1995) weiter ausgehöhlt. So deutet sich insgesamt eine Konvergenz in Richtung eines »neo-voluntaristischen Angebotskorporatismus« heraus, der den Gewerkschaften – vor allem den betrieblichen Interessenvertretungen – im Prozeß der Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt die Rolle eines »Juniorpartners« beim Kampf um die Rettung des »nationalen Standorts« zuweist.

## Europäische Integration: Probleme der EU-Sozialpolitik

Die Dynamisierung der europäischen Integration in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – vom »Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes« (1985) bis zu den Maastrichter Verträgen (1991) – hat große Erwartungen geweckt. Vor allem die Gewerkschaften unterstützten dieses Projekt in der Hoffnung, daß nunmehr auf der transnationalen EU-Ebene Elemente eines sozialpolitisch flankierten »europäischen Modells« realisiert werden könnten. Dabei spielten verschiedene Motive eine Rolle, die allerdings

durchgängig mit der Erfahrung der Krise des Modells einer nationalen Gewerkschaftspolitik in den 80er Jahren verbunden waren. Die Wende der britischen TUC-Gewerkschaften z.B. von ihrer harten Anti-EG-Linie der 70er zu einer pro-europäischen Position in den 80er Jahren war eine Reaktion auf die Niederlagen im eigenen Lande: »für die EG zu sein war jetzt praktisch synonym mit einer Anti-Thatcher-Haltung« (Teague/Grahl zit. n. Ebbinghaus/Visser 1994: 234). Auf der anderen Seite erwarteten vor allem die Gewerkschaften aus den Peripherie-Staaten, daß über die »Pionierrolle« der deutschen DGB-Gewerkschaften nicht allein Elemente von tarifvertraglichen Regelungen, von allgemein verbindlichen Mindeststandards im Bereich des sozialen Schutzes und der Grundrechte der Arbeitnehmer wie

der Gewerkschaften durchzusetzen seien. Sie verbanden damit zusätzlich die Hoffnung, daß die Regional- und Sozialfonds der EU, die gerade der Peripherie zugute kommen, noch weiter ausgebaut würden. Und schließlich gab es von seiten der deutschen Einzelgewerkschaften ein dezidiertes Interesse sowohl an der Verhinderung von »Lohndumping« als auch an einer stärkeren Konzertierung gewerkschaftlicher Aktionen (z.B. in der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung, Solidaritätsstreiks bei Aussperrungen) sowie an einer EU-Regelung für die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung in transnationalen (europäischen) Konzernen – ein Projekt, das seit den frühen 70er Jahren immer wieder verhandelt und dann »auf Eis« gelegt worden war (Schulten 1992). Die zunehmende Bedeutung der europäischen Regulationsebene steht demzufolge in einer engen Beziehung mit der erodierenden Bindewirkung der Institutionen und Verfahren, mit denen die Gewerkschaften im Fordis-

**Es deutet sich eine Konvergenz in Richtung eines »neo-voluntaristischen Angebotskorporatismus« heraus, der den Gewerkschaften im Prozeß der Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt die Rolle eines »Juniorpartners« beim Kampf um die Rettung des »nationalen Standorts« zuweist.**

mus – auf dem Terrain des Nationalstaates – ihre Rolle als Gegenmacht (»countervailing power«) gespielt hatten.

Rekapitulieren wir kurz einige der wichtigsten Problemfelder europäischer Sozialpolitik, bei denen Interventions- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Gewerkschaften anerkannt bzw. möglich sind:

■ Die seit 1987 im EG-Vertrag (Art. 118b) vorgesehene Möglichkeit, daß der »Dialog der Sozialpartner auf europäischer Ebene ... zu vertraglichen Beziehungen führen kann, ... wenn diese es für wünschenswert halten«, wurde bislang nicht genutzt. Die europäischen Unternehmerverbände, vertreten durch UNICE, weigern sich strikt, mit dem EGB bzw. auf der Ebene der Branchen in Verhandlungen über erste Schritte auf dem Wege zu einem europäischen Tarifverhandlungssystem einzutreten (Armigeon 1994: 209).

■ Die »Sozialcharta«, als »Sozialprotokoll« in den Anhang der Maastrichter Verträge aufgenommen, wird zwiespältig beurteilt. Auf der einen Seite sehen Optimisten nach dem opting-out von Großbritannien nun die Möglichkeit, durch die Anwendung des Entscheidungsverfahrens mit qualifizierter Mehrheit die soziale Dimension der EU auszubauen. Auf der anderen Seite betonen die Skeptiker die »Implementationsschwierigkeiten ...«, sollte auch nur eine nationale Regierung überstimmt werden« (Armigeon 1994: 220).

■ Als ein großer Erfolg wurde im September 1994 die Verabschiedung der Richtlinie über die Einsetzung Europäischer Betriebsräte gefeiert, bei der auch zum ersten Mal das im Protokoll über die Sozialpolitik vorgesehene Entscheidungsverfahren angewandt wurde (vgl. das Schwerpunktheft der Zeitschrift »Transfer«, Brüssel, Vol. 1, Nr. 2, April 1995). Welche Funktion diese Ausschüsse – nach der Umsetzung der Richtlinie bis Ende 1996 – für die transnationale Interessenvertretung, für die weitere Ausgestaltung eines europäischen Systems kollektivrechtlicher Vereinbarungen und für die je nationalen Rechtssysteme, in denen die Mitwirkungs- und Kontrollrechte der Gewerkschaften geregelt sind, schließlich haben werden, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Auf jeden Fall eröffnen sie Gestaltungsoptionen, die ihrerseits neue Formen eines europäischen gewerkschaftlichen Internationalismus hervorbringen könnten. Sie könnten allerdings auch die ohnehin vorhandene Tendenz zu einem transnationalen Unternehmenskorporatismus, der die betriebsübergreifende gewerkschaftliche Interessenvertretung schwächt, verstärken (Marginson/Sisson 1994; Schulten 1995).

Die strukturellen Defizite der EG-Sozialpolitik (Weinstock, 1989) sind mithin keineswegs überwunden – und auch im Hinblick auf die Regierungskonferenz '96 zeichnet sich bislang keine Entwicklung ab, die als ein sozialpolitischer Neubeginn gelten könnte. Im Gegenteil, seit An-

fang der 80er Jahre, vor allem seit der Wirtschaftskrise 1992/93, ist in allen EG-Mitgliedstaaten angesichts der Überschuldung der öffentlichen Haushalte und der explodierenden Defizite der sozialstaatlichen Apparate eine heftige Debatte über den notwendigen »Umbau« (d.h. Abbau) von Sozialleistungen entbrannt. Da diese Debatten im Zusammenhang der je nationalen »Standortdebatten« (Überleben des *nationalen* Wirtschaftsstandortes in der Weltmarkt Konkurrenz) stehen, befestigen sie zugleich die nationalstaatlichen Divergenzen in der EU und erschweren weitere europäische Lösungen.

■ »Die Interessen sind so unterschiedlich, daß kein Mitgliedstaat wirklich auf raschen sozialen Fortschritt drängt. Jedes Land möchte seine eigenen nationalen Handlungsspielräume möglichst ungeschmälert bewahren. Die großen sozialen regionalen Unterschiede fördern diese divergierenden politischen Interessen.

■ Ein von allen akzeptiertes, allgemein gültiges Sozialmodell, an das sich die anderen Länder schrittweise annähern könnten, ist bislang nicht erkennbar. Über einige wenige Einzelmaßnahmen hinaus ist keine inhaltliche Konzeption vorhanden, die konsensfähig ist.

■ Die Entscheidungsregeln der Gemeinschaft begünstigen eher Reformgegner als Integrationsbefürworter. Es ist einfacher, keine Entscheidung zu treffen, als eine neue Politik zu initiieren.

■ Die finanziellen Ressourcen für eine EU-Sozialpolitik sind nicht vorhanden« (Adamy 1995: 230).

Die Blockaden auf diesem Gebiet resultieren freilich nicht allein aus unzureichenden Kompetenzen, Verfahrensregeln und Ressourcen: »Vieles spricht dafür, daß sektorale und nationale Koalitionen von Gewerkschaften, Unternehmen und staatlichen Stellen eine europaweite Regulierung der Arbeitsbeziehungen verhindern. Den nationalen Koalitionen liegen jedoch nicht nur ... Interessen an materiellen Lösungen und an der Bewahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zugrunde. Große Bedeutung haben auch die Interessen von Verbänden als Organisationen an der Beibehaltung von nationalen Institutionen. Die Blockierungen der Entwicklung eines europäischen Systems der Arbeitsbeziehungen ließen sich – so legen die nationalen Entwicklungen nahe – durch außerordentliche soziale, ökonomische oder politische Ereignisse oder durch eine programmatisch konsens- und handlungsfähige supra-nationale Regierung aufheben. Beides ist derzeit in der europäischen Union nicht in Sicht« (Armigeon 1994: 220).

Das noch von dem ausscheidenden Kommissionspräsidenten Jacques Delors inspirierte »Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« (1993) wurde zumal von den europäischen Gewerkschaften außerordentlich positiv aufgenommen. Das Programm formuliert ehrgeizige Ziele. Bis zum Jahre 2000 sollen in

der EU 15 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei setzt die Kommission auf Wachstum durch Innovation (»Informationsgesellschaft« mit transeuropäischen Verkehrs- und Informationsnetzen) sowie auf monetäre Stabilität. Zugleich plädiert sie für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die die allgemeine und berufliche Ausbildung verbessern, die Löhne flexibler gestalten und die Lohnnebenkosten (in bestimmten Fällen) reduzieren sollen. Weiterhin schlägt die Kommission vor, Arbeit im Sozial- und Nachbarschaftswesen zu finanzieren und den Kampf gegen die Armut in der EU, die 50 Millionen Menschen betrifft, zu intensivieren: »Sanierung der verfallenden Viertel unserer Städte, Bau von Sozialwohnungen, Anpassung der Bildungssysteme unter besonderem Mitteleinsatz zugunsten der Kinder aus armen Verhältnissen, aktive Beschäftigungspolitik, Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche oder eine allgemein zugängliche Ausbildung (sollen) höchste Priorität vor der bloßen Registrierung der Arbeitslosen und der Zahlung von Arbeitslosengeld haben« (Weißbuch 1993: 17). Um solche Aufgaben zu finanzieren schlägt die Kommission eine »Art europäischen Sozialpakt« vor: »Gemäß den Grundsätzen einer dezentralen und auf der Subsidiarität fußenden Wirtschaft werden die Gewinne aus dem Produktivitätszuwachs weitgehend Investitionen mit Zukunft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugeführt« (ebd.: 16/17).

Auch von seiten der Regierungen, der Unternehmerverbände und von Wirtschaftswissenschaftlern wurden die Intentionen des »Weißbuches« (vor allem im Bereich der Wettbewerbsorientierungen) gewürdigt. Allerdings wurde von den Neoliberalen – vor allem in Deutschland – sofort jeder Ansatz eines »Staatsinterventionismus« auf der EU-Ebene zurückgewiesen. Ebenso strikt wurde von der deutschen Bundesregierung jeder Versuch der EU-Kommission abgelehnt, ihren wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Handlungsspielraum durch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen – hier durch ein eigenes Verschuldungsrecht der Gemeinschaft – zu erweitern (Bultemeier 1994: 119ff.; Bultemeier/Deppe 1995: 91f.) Die Blockade von beschäftigungswirksamen Entscheidungen zur Umsetzung des Delors'schen »Weißbuches« mußte die europäischen Gewerkschaften enttäuschen. Weder hat sich bisher auf der EU-Ebene ein sozialpolitischer Handlungsraum eröffnet, in dem für die gewerkschaftlichen Akteure der Verlust von

**Weder hat sich auf der EU-Ebene ein sozialpolitischer Handlungsraum eröffnet, in dem für die gewerkschaftlichen Akteure der Verlust von Kompetenz und Macht auf der nationalstaatlichen Ebene kompensiert würde; noch hat der EGB sich aus dem Zustand seiner mangelnden Autorität zu emanzipieren vermocht.**

Kompetenz und Macht auf der nationalstaatlichen Ebene kompensiert bzw. substituiert würde; noch haben der EGB und die »Berufssekretariate« der Branchengewerkschaften sich bislang aus dem Zustand ihrer mangelnden Autorität zu emanzipieren vermocht. Selbstverständlich besteht zwischen diesen beiden Defiziten eine enge Wechselwirkung.

Allerdings wirken über die europäische Integration – vor allem über den Binnenmarkt – weitere sozialökonomische Prozesse, die die nationalen Machtpotentiale der Gewerkschaften zusätzlich angreifen und ins Wanken bringen:

■ »Lohndumping« – als Folge der Migration von Arbeitskräften aus den ärmeren in die wohlhabenden Regionen Europas – ist nur zu einem geringeren Teil der Freizügigkeit der Arbeitskräfte in der EU geschuldet, obwohl auch solche Formen seit der Krise 1992/93 deutlich zugenommen haben. Von erheblich größerer Wirkung ist dagegen die Ausweitung von prekären bzw. illegalen Beschäftigungsverhältnissen jenseits des »Normalarbeitsverhältnisses«, die zusammen mit dem Migrationsdruck aus Osteuropa und der »Dritten Welt« deutlich zugenommen und längst die »Dualisierung« der Arbeitsmärkte festgeschrieben haben. Zusammen mit Produktionsverlagerungen in sog. »Billiglohnländer« Osteuropas bedeutet die Ausweitung dieses »zweiten Arbeitsmarktes« (in der Bauwirtschaft, vor allem aber in

den unteren Segmenten des privaten Dienstleistungsgewerbes) einen gewaltigen Angriff auf die Vertretungsmacht der Gewerkschaften; denn dieser Prozeß trifft nicht allein ihre »klassischen« Mitgliedergruppen in industriellen Normalarbeitsverhältnissen, die weiter ausgedünnt werden, sondern setzt mehr und mehr die universelle Geltung von Tarifverträgen und gesetzlich geregelten Arbeitsbedingungen, Entgelten und Sozialgesetzen außer Kraft. Solange es den Gewerkschaften nicht gelingt, sich organisationspolitisch in diesen neuen Arbeitsmarktsegmenten zu verankern, wird deren Ausweitung automatisch eine Verengung des gewerkschaftlichen Organisationsfeldes bedeuten und damit den Anspruch der Gewerkschaften, die Interessen *aller* abhängig Arbeitenden und der Arbeitslosen zu vertreten, aushebeln bzw. immer unglaubwürdiger erscheinen lassen.

Diese Wirkung ist von der Politik, die diese Dualisierungsprozesse (durch Deregulierungsmaßnahmen) er-

möglich und toleriert, durchaus intendiert. Eine solidarische Lohnpolitik ist unter solchen Voraussetzungen nicht mehr möglich. Es ist unvermeidlich, daß sich in der Folge derartiger Spaltungen auch bei den gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen und im programmatischen Selbstverständnis der Gewerkschaften Elemente eines korporatistischen bzw. eines »ständischen« Denkens verfestigen.<sup>9</sup> Und es ist ebenso unvermeidlich, daß die Entwicklung auf die Kernsektoren der noch tarifvertraglich geregelten Arbeits- und Entgeltverhältnisse übergreift. Der »Ausstieg« aus dem Tarifvertrag – erzwungen durch die Drohung mit Betriebsschließung oder Produktionsverlagerung, der auch politisch bewußte und gewerkschaftlich aktive Betriebsräte nachgeben – grassiert derzeit auch in Bereichen mit einer traditionell starken gewerkschaftlichen Präsenz (z.B. in der Druckindustrie). Erweist sich dieses Verfahren im Einzelfall als erfolgreich, so wirkt es unverzüglich nach dem »Schneeball-System« und wird auch so von den Arbeitgeberverbänden publizistisch ausgewertet. Die »Vertragsflucht« ist daher für die Gewerkschaften sehr viel gefährlicher als die oftmals überzeichnete »Verbandsflucht« aus den Arbeitgeberverbänden.

■ Eine weitere, geradezu dramatische Herausforderung für die gewerkschaftliche Lohnpolitik (nach wie vor das Zentrum ihrer Legitimation) würde sich aus der Realisierung der währungspolitischen Bestandteile der Maastrichter Verträge (WWU, gemeinsame Währung und Zentralbank bis 1999) ergeben. Der »neoliberale Traum von der Auflösung des gewerkschaftlichen Lohnkartells« (Busch 1993: 11) würde sich erfüllen, sofern bei fixen Wechselkursen oder gar einer gemeinsamen Währung den weniger produktiven und konkurrenzfähigen Staaten die Möglichkeit genommen wird, über die Geldpolitik (i.e. Abwertungen) ihre Position zu verbessern. Mit dem Primat der monetären Integration (und Stabilität) verändert sich die »Standortkonkurrenz«: Länder und Regionen konkurrieren mit Lohnstückkosten. Altvater und Mahnkopf (1993: 246) fassen ihre Analyse der europäischen Herausforderungen für die Gewerkschaften nach Maastricht wie folgt zusammen: »Die Standortkonkurrenz innerhalb Europas wird im Zuge der ökonomischen Integration Westeuropas und der Transformation Osteuropas verschärft und da Tarifpolitik mit dem Preis der Arbeit die Arbeitskosten beeinflusst, wird Tarifpolitik mehr als je zuvor Standortpolitik. Da flexible Wechselkurse keine nationalen Währungsräume mit je nationalem Zins- und Preisniveau bilden und abgrenzen, sondern mit den Stufen der Integration mehr und mehr die gleichen *monetären* Rahmenbedingungen in allen Regionen (West)Europas gelten, werden Lohnkosten im Wettbewerb entscheidende strategische Variablen mikroökonomischer Entscheidungen und makroökonomischer Politik ... Wenn die Wechselkurse nicht mehr wie eine Schleuse die wirtschaftlichen Niveaus

verschiedener Länder ausgleichen, dann erhalten die Lohn- und anderen Arbeitskosten die Schleusenfunktion – und die Gewerkschaften sollen die Rolle des Schleusenwärters übernehmen« (Altvater/Mahnkopf, 1993: 246).

## Niedergang der Gewerkschaften?

Prognosen über die Zukunft der Gewerkschaften im Kontext der Entwicklung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik in Europa fallen derzeit eher pessimistisch aus. Auf jeden Fall stimmen die meisten Beobachter darin überein, daß von der alten, neofunktionalistischen »spill-over«-Illusion auf dem Gebiet der Sozialpolitik Abschied genommen werden muß.

»Sozialpolitik in einem integrierten Europa ... kann nur dann richtig verstanden werden, wenn man sich radikal von der Vorstellung eines sich langsam aber stetig entwickelnden europäischen, föderalen Wohlfahrtsstaates trennt. Diese Vorstellung ist für die Schwäche der meisten früheren Analysen zu diesem Thema verantwortlich. Diese tendierten immer dazu, die Ergebnisse und Nicht-Ergebnisse der Sozialpolitik der Gemeinschaft, oder jetzt: der Union, in der Perspektive von bereits unternommenen oder noch nicht unternommenen Schritten in die Richtung eines supranationalen Wohlfahrtsstaates zu interpretieren. Dieser sollte die gleichen Funktionen erfüllen wie sein nationaler Vorgänger, nur für das gesamte, integrierte Europa. Und er würde schließlich schrittweise die nationalen Systeme, die ihm vorausgingen, durchdringen und absorbieren. Indem dieser Zielpunkt als gesichert angenommen wurde – unter der Prämisse, daß die Integration schließlich nur zur Wiederholung des Bekannten in einer größeren Dimension führen müsse –, kam man zu der typischen Diskussion über die »soziale Dimension« des integrierten Europa, die sich immer nur um die Frage drehte, ob das Glas schon halb voll und immer noch halb leer sei« (Streeck 1994: 1).

Die Europäisierung des »rheinischen Modells«, das – so M. Albert (1992: 128ff.) – wirtschaftlich und sozial dem »angelsächsischen Modell« überlegen ist (so auch Thurow 1992: 67ff.) und das zum Referenzpunkt gewerkschaftlicher Programmatik und Praxis in der EU werden könnte, steht derzeit nicht auf der Tagesordnung europäi-

<sup>9</sup> Die Gewerkschaften sind »gezwungen, auf möglichst hohen Beschäftigungsstandards zu bestehen, Strategien der Aufqualifizierung zu verfolgen und – soweit es in ihren Kräften steht – eine Flexibilisierung der Löhne nach unten zu verhindern. Ein »ursprünglich von egalitärer Zielsetzung motiviertes Insistieren auf hohen allgemeinen Beschäftigungsstandards«, so W. Streeck, kann in einer solchen Situation leicht als »sexistisch und fremdenfeindlich« desavouiert werden und den Arbeitgebern Gelegenheit geben, sich als »Verteidiger von Chancengleichheit und Vollbeschäftigung für Frauen und ausländische Arbeitnehmer« darzustellen« (Altvater/Mahnkopf 1993: 143).

scher Politik. Die dominierenden Trends auf dem Felde der Sozialpolitik deuten eher in die Richtung einer nationalen Heterogenisierung und eines »Neo-Voluntarismus«. Dabei haben die je nationalen »Standortdebatten« die Funktion, die nationalen Sozialstaatssysteme ab- und umzubauen (vgl. Bieling 1995). Insofern offenbart sich hier eine Konvergenz der Problemlagen, der freilich auf der transnationalen Ebene keine politischen und gewerkschaftlichen Druck- und Handlungspotentiale korrespondieren.

Soweit Szenarios künftiger Entwicklungen entworfen werden, gehen sie in ihrer überwiegenden Mehrheit davon aus, daß sich bis zum Ende des Jahrhunderts jene sozialökonomischen und politischen Entwicklungstrends fortsetzen werden, in denen sich seit dem Ende der 70er Jahre die krisenhafte Erosion der fordistischen Formation des Nachkriegskapitalismus und die Herausbildung von Strukturelementen einer neuen Formation manifestieren. Globalisierung, neue Technologien, Vorherrschaft des Finanzkapitals (»Casino-Kapitalismus«) und des Telekommunikationssektors, Erosion nationalstaatlicher Souveränität, anhaltende und chronisch ansteigende Massenarbeitslosigkeit, gesellschaftliche Desintegration und fortschreitende Heterogenisierung der Arbeiterklasse – alle diese Teilaspekte der Umbruchperiode deuten auf eine Verdichtung jener Prozesse hin, in denen der Handlungsrahmen für die im Fordismus erfolgreiche Gewerkschaftspolitik zunehmend aufgebrochen wird: der keynesianische, nationale Wohlfahrtsstaat, makroökonomische Steuerung, hohe Regeldichte und Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen, universalistische Politikorientierung der Gewerkschaften kombiniert mit starken – durch das kollektive Arbeitsrecht abgesicherten – Machtpositionen in den Zentren der fordistischen Massenproduktion.

Die drei Szenarien, die G. Esping-Anderson (1992: 143ff.) aus der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Debatte extrapoliert, bewegen sich im Rahmen dieser allgemeinen Prognose.

■ Das Modell »Wachstum ohne Beschäftigung« (jobless growth) bezieht sich auf die fortschreitende Entkoppelung von Wachstum und Arbeitsmarkt. Arbeitsintensive Produktionen werden mehr und mehr ausgelagert; das Profil der Makroökonomie wird durch Produkte mit einem hohen Wertschöpfungsanteil und einen innovativen Dienst-

leistungssektor charakterisiert. Im Zentrum wird den Beschäftigten ein hoher Lebensstandard garantiert, während sich die Peripherie der prekären Beschäftigungsverhältnisse, der Dauerarbeitslosigkeit und der Armut immer weiter ausdehnt. Der weitere Verfall bzw. das Steuerungsversagen der sozialstaatlichen Institutionen wird so gleichsam vorprogrammiert. Die damit einhergehende »Amerikanisierung« der Wohlfahrts-Systeme würde zugleich die Loyalität der relativ privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse, vor allem der lohnabhängigen Mittelklassen mit dem fordistischen Wohlfahrtsstaat weiter in Frage stellen: »Der Wohlfahrtsstaat wird seine relative Bedeutung

für die Mittelklasse-Angestellten verlieren, die infolgedessen ihre politische Unterstützung für den öffentlichen Wohlfahrtsstaat reduzieren und stattdessen ihre politische Schlagkraft benutzen werden, um eine möglichst günstige Besteuerung ihrer privaten Pläne durchzusetzen« (Esping-Anderson 1992: 144; für die USA vgl. Ehrenreich 1992).

■ Das Modell des »innerbetrieblichen Wohlfahrtsstaates« (intra-firm welfare state) auf der nationalen und internationalen Ebene reflektiert zunächst den Trend zur Schwächung von universalistischen, betriebsübergreifenden Arrangements durch Tarifverträge (Flächentarifvertrag) und politische Regelungen auf der nationalstaatlichen Ebene. Die zentralen Akteure neuer Vereinbarungen mit einer grenzüberschreitenden, »variablen Geometrie« sind die trans-

nationalen Konzerne. Damit ist – vor allem für die Gewerkschaften – die Gefahr verbunden, »daß die großen europäischen Unternehmen kleine Inseln relativ guter Beziehungen zwischen den Tarifparteien in einem Meer der stets weitergehenden Deregulierung werden« (S. Stoop, zit. n. Schulten 1995: 109).

■ Das Modell der »neuen Dienstleistungsökonomie«, das wiederum erhebliche Belastungen für die Sozialpolitik mit sich bringt – vor allem durch die Herausbildung eines neuen »Dienstleistungsproletariats« (zu dem auch Teile der »neuen Selbständigen« gehören) mit unsicheren, gering qualifizierten und entlohnten Tätigkeiten, ohne Aufstiegschancen, aber permanent durch den Abstieg in die Armutsegmente der Gesellschaft bedroht und diszipliniert.

Angesichts der hohen gesellschaftlichen Kosten, die diese Entwicklungstrends verursachen (Kosten der Arbeitslosigkeit, der Armut, der Gefängnisse, der Kriminali-

## **Prognosen über die Zukunft der Gewerkschaften in Europa fallen derzeit eher pessimistisch aus. Die meisten Beobachter stimmen darin überein, daß von der alten, neofunktionalistischen »spill-over«-Illusion vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik Abschied genommen werden muß.**

tät, der Betreuung von Drogenabhängigen und psychisch Kranken usw.), aber auch unter dem politisch wirksam werdenden moralischen Druck, den Spaltungen in der Gesellschaft sowie dem Verfall der Werte entgegenzuwirken, können Spielräume für neue Formen politischer Regulation entstehen. Das Formalisierungsniveau solcher Arrangements dürfte freilich gegenüber der Formation des Fordismus deutlich niedriger sein, d.h. mehr dezentralisiert, mehr privatisiert (z.B. die Suppenküchen der Franziskaner für diejenigen, denen die Sozialhilfe gekürzt wird), flexibler usw.

Für die Gewerkschaften werden dabei vor allem zwei Politikfelder von Bedeutung sein: erstens eine Beschäftigungspolitik, die dem »jobless growth« Einhalt gebietet, und zweitens die Qualität der »öffentlichen Güter«, die vom politischen System zur Verfügung gestellt werden (Regini 1992: 11).

Um überhaupt die Chance für die Verhandlung solcher neuer Spielregeln zu bewahren, bedarf es handlungsfähiger Gewerkschaften, die sich zwar den Herausforderungen der Flexibilisierung und Transnationalisierung stellen, aber ihre gesellschaftspolitische Kraft und Legitimität aus der Verteidigung und Weiterentwicklung kollektiver Interessenvertretung ableiten: »Nach meiner Überzeugung müssen die europäischen Gewerkschaftsbewegungen das Erbe der kollektiven Vertretungsstrukturen in und zwischen Industriezweigen, Unternehmen und Beschäftigungsgruppen verteidigen. Sie sollten sich energisch dagegen zur Wehr setzen, betriebsübergreifende Strukturen kollektiver Verhandlungen – wo diese bestehen – aufzugeben. Gleichzeitig sind sie jedoch gefordert, eine neue Politik als Antwort auf die veränderten Bedürfnisse und den Druck des Kapitals und einer heterogeneren Arbeiterschaft zu entwickeln. Die Gewerkschaften sollten versuchen, die Fahne der »Flexibilität« hochzuhalten, und es vermeiden, als deren Hauptfeind angesehen zu werden. Das ist keine einfache Aufgabe; denn es ist auch eine elementare Aufgabe der Gewerkschaften, die Mindestbedingungen und -standards zivilisierter Arbeitsbedingungen zu verteidigen, zu verbessern und zu erweitern. Ohne eine starke Gegenmacht der Gewerkschaften tendiert das Kapital dazu, seine Macht und seine Freiheit zu mißbrauchen. Für die Zukunft eines zivilisierten Kapitalismus ist es wesentlich, daß die Gewerkschaften und der Gesetzgeber die Entstehung von relevanten »gewerkschaftsfreien« Sektoren verhindern, die dann von einzelnen Kapitalisten als eine profitable Option ausgenutzt werden. In Europa wird dieses Problem nach 1992 von außerordentlicher Bedeutung sein; denn die regionalen Ökonomien und Arbeitsmärkte unterscheiden sich beträchtlich in bezug auf die Präsenz und Qualität gewerkschaftlicher Organisation und Aktion« (Visser 1992: 43).

Nur zwei Jahre später schließt Visser eine Analyse über

die Gewerkschaften und die europäische Integration mit einer nüchternen Bilanz ab: »In der gegenwärtigen Lage der Machtlosigkeit europäischer Gewerkschaften, der Organisationsschwäche europäischer Arbeitgeber und der Staatsschwäche der Europäischen Union ist eine Zentralisierungsdynamik (i.e. die Herausbildung eines transnationalen Systems der Interessenvertretung und der Sozialpolitik) unwahrscheinlich. Gewerkschaften sind nicht in der Position, sich aus den bisherigen Gräben herauszuwinden, angesichts der Strukturprobleme, denen sie begegnen: der hohen Arbeitslosigkeit, der Deindustrialisierung, Dekollektivierung von Beschäftigungsverhältnissen und dem Dezentralisierungsdruck« (Ebbinghaus/Visser 1994: 250).

Vorerst bestehen kaum Aussichten, aus dem »Teufelskreis des Niedergangs«, in dem die Schwächung weitere Schwäche erzeugt (»weakness breeds weakness«, Visser 1992: 31), auszubrechen bzw. »Licht am Ende des Tunnels« auszumachen (vgl. dazu GMH 4/95: »Europäische Gewerkschaften im Aufwind?«). Schon wird den Gewerkschaften prognostiziert, daß sie nur dann eine Überlebenschance haben, wenn sie – wie die Zünfte im Spätmittelalter – zur Lobby einer kleinen Oberschicht der Arbeiterklasse in stabilen Normalarbeitsverhältnissen regredieren und dabei in ihrer Programmatik immer konservativer (Statusverteidigung) werden. In diesem Sinne hatte J. K. Galbraith – mit dem Blick auf den Niedergang der US-amerikanischen Gewerkschaften – schon im Jahre 1967 argumentiert: »Die Gewerkschaften bestehen lediglich weiter, weil sie dem Arbeiter fest im Nacken sitzen und sich – wie beim »Alten Mann und das Meer« (Hemingway) – nicht abschütteln lassen« (Galbraith 1970: 251).

In dieser Position der relativen Ohnmacht offenbart sich die hegemoniale Konstellation des heutigen kapitalistischen Weltsystems. Die »Definitionsmacht« für die Spielregeln nicht allein der globalen Bewegung von Waren, Kapital und Informationen, sondern auch für die Grenzen der Handlungsfähigkeit politischer und sozialer Akteure, die überwiegend im nationalstaatlichen Rahmen agieren, geht in der Tat vom »Sachzwang Weltmarkt« aus (Narr/Schubert 1994: 12ff., 147ff.). Die Krise der Gewerkschaften ist daher auch Ausdruck der Tatsache, daß sie »Gefangene« der Weltökonomie sind und dabei den hegemonialen Akteuren auf dem Weltmarkt, vor allem dem Management der transnationalen Konzerne und Finanzinstitutionen, strukturell unterlegen sind.

In den abschließenden Abschnitten wird zu fragen sein, welche strategischen Reaktionsformen sich auf diese Konstellation abzeichnen und wie dabei Konfliktlinien in den Orientierungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung aufbrechen. Es sind jedoch gerade die Spielräume bei der gesellschaftlichen und politischen Regulation der »Definitionsmacht Weltökonomie«, die zu heftigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen am Ende des 20. Jahr-

hunderts drängen (Deppe 1995: 13ff.) und die zugleich die Intervention starker Gewerkschaften erfordern.

## »Regressive Modernisierung«

Als *regressive* Modernisierung sollen hegemoniale Strukturen und Handlungskonstellationen im Vergesellschaftungsprozess bezeichnet werden, die durch die Definitionsmacht des Weltmarktes – und der transnationalen Konzerne als den zentralen Akteuren – beherrscht werden. Die optimistischen Prognosen (z.B. eines K. Ohmae 1992) sagen der Menschheit ständig wachsende Prosperität und Frieden voraus, sofern alle Barrieren für die freie Bewegung von Waren, Kapital und Information aus dem Wege geräumt werden. Der radikal neoliberale Marktoptimismus, der solche »Wirtschaftstheologien« (Hobsbawm) kennzeichnet, fordert eine weitere »Entstaatlichung«, den »minimalen Staat« (Nozick, vgl. Willke 1992: 92ff.). »Den nationalen Regierungen wird dringend empfohlen, jegliche Form des Handels- oder Technologieprotektionismus abzuschaffen und dem freien Triade-Wettbewerb freien Lauf zu lassen. Die Aufgabe von nationalen Regierungen sei lediglich, dafür zu sorgen, daß ihr Volk ein gutes Leben führen könne. Und das wäre dann gewährleistet, wenn der dauerhafte Zugang zu den besten und billigsten Gütern und Dienstleistungen von überall in der Welt gesichert sei. Regierungen, die die Märkte mit ihren Regulierungs- und Deregulierungsversuchen störten, sollten ihre neue Rolle endlich begreifen: sich auf den Rücksitz zurückziehen und die Fahrerposition den privaten Firmen überlassen, damit ihr Land in den vollen Genuß der erfolgreichsten Unternehmen und Produzenten komme – und zwar zu den möglichst niedrigsten Kosten« (so kritisch Esser 1993: 418/9; Burckhardt 1995).

Es sind die Koalitionen der »Gewinner« (Kennedy 1993: 422/3), die die Strategien der regressiven Modernisierung stützen. Die »Kultur der Zufriedenheit« (Galbraith 1992), die sich ideologisch über die Markt- und Freiheitspostulate des Neoliberalismus als »Neue Rechte« (nach angelsächsischem Verständnis, Giddens 1994: 37ff.) artikuliert, wird von verschiedenen sozialen Kräften bzw. Klassenfraktionen getragen und bildet so einen mehrheitsfähigen »historischen Block«. <sup>10</sup> Die hegemoniale Fraktion

dieses transnationalen Herrschaftsblockes (der je nationale Konfigurationen aufweist) bildet das Spitzenmanagement der transnationalen Konzerne, der Banken und anderer im Finanzgeschäft tätiger Institutionen. Die Herstellung grenzenloser Märkte sowie die spekulative Vermehrung von Geldanlagen stehen im Zentrum der strategischen Interessen, denen sich die Regierungen anzupassen haben.

Dabei stützen sich diese Interessen in den westlichen Metropolen zunächst einmal auf eine relativ breite Mittelklasse, die in der Golden-Age-Periode Geldvermögen, Aktien- und Immobilienbesitz erworben hat. Einzelstaatliche, beschäftigungspolitisch wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, nachfragewirksame Staatsinterventionen und die Sicherung bzw. der Ausbau des nationalen Wohlfahrtsstaates widersprechen diesen Interessen; denn sie könnten zu Steuererhöhungen führen und inflationären Druck erzeugen. Daß sich die Fiskalpolitik in den Metropolen auf Deregulierung (vor allem der internationalen Finanzmärkte) und auf die Inflationsbekämpfung zu Hause konzentriert, entspricht daher unmittelbar den Interessen dieser Gruppen. Die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung sind demzufolge durchaus funktional und intendiert.

Auf der einen Seite schwächt die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit – wie wir gesehen haben – die Gewerkschaften, und sie erzeugt eine »underclass« (Kronauer 1993), die die Dualisierung der Gesellschaft verstärkt und den »Eliten« (vor allem in den USA) zugleich als Grund für die Radikalisierung ihrer Forderungen nach einer weiteren Verminderung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen – und d.h. nach Steuersenkungen und einem »billigeren Staat« – dienen. Die »upper middle class« – so Christopher Lasch (1994: 1437) – ist das »Herz der neuen Eliten ...«, die die internationalen Geld- und Informationsströme kontrollieren, den philanthropischen Stiftungen und Bildungsinstitutionen vorsitzen, die Instrumente der Kulturproduktion handhaben und solchermaßen die öffentliche Debatte konditionieren«. Auf der anderen Seite dient auch die Staatsverschuldung (sofern sie mit niedrigen Inflationsraten und stabiler Währung einhergeht) dem Interesse der Banken und der Geldvermögensbesitzer; denn sie ist vor allem für das hohe Zinsniveau verantwortlich, das sich seit den 80er Jahren durchgesetzt hat. Und schließlich eröffnen sich den transnationalen Versicherungskonzernen mit der

**Schon wird den Gewerkschaften prognostiziert, daß sie nur dann eine Überlebenschance haben, wenn sie – wie die Zünfte im Spätmittelalter – zur Lobby einer kleinen Oberschicht der Arbeiterklasse in stabilen Normalarbeitsverhältnissen regredieren und in ihrer Programmatik immer konservativer werden.**

Privatisierung von Sozialleistungen (vor allem im Gesundheitsbereich und bei der Alterssicherung) neue Sphären der Kapitalanlage und der »Plusmacherei«.

Die bewußten Teile der Eliten des »Casino-Kapitalismus« wissen freilich um die Risiken, die mit der rücksichtslosen Verfolgung egoistischer Profit- und Renditeinteressen verbunden sind. Diese sind zunächst einmal über die Angst vor dem großen »Crash« oder auch vor den immer wiederkehrenden kleinen Spekulationskrisen allgegenwärtig. Zum anderen wird mit der Spaltung der Gesellschaft (global und national) das Potential von sozialen Konflikten und Unruhen reproduziert, das schließlich die Stabilität des gegenwärtigen Regimes erschüttern könnte bzw. immer höhere Kosten für die Kontrolle bzw. repressive Einhegung solcher Konfliktpotentiale erzeugt. Um solchen Risiken zu begegnen, sind sowohl repressive – polizeiliche und sicherheitsstaatliche – als auch integrative Strategien erforderlich, die oftmals auch aufgrund der Kritik am Verfall von Moral und von leistungsorientierten Werten in der modernen, kapitalistischen Konsum- und Finanzwelt öffentlich (z.B. von Seiten der Kirchen) angemahnt werden.

Die Stabilität der neoliberalen Hegemonie und der Definitionsmacht der Weltökonomie beruht allerdings auch darauf, daß – wie wir weiter oben festgehalten haben – die gewerkschaftliche und politische Linke seit den späten 70er Jahren in die Defensive geraten ist und – schon geschwächt – mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme weitere Legitimationseinbußen hinnehmen mußte. Eine Wende in die Richtung des Neuaufbaus eines alternativen Blocks sozialer, kultureller und politischer Kräfte, in der die organisierte Linke die Rolle einer Moderatorin spielen könnte, ist noch nicht in Sicht. Eher noch zeigt die Entwicklung bei relevanten Teilen der Gewerkschaften und der europäischen Sozialdemokratie, daß von bestimmten Fraktionen der Arbeiterklasse der Anschluß an bzw. die Integration in den neoliberalen, transnationalen Herrschaftsblock gesucht und forciert wird. Es sind die relativ privilegierten, »aristokratischen«, Oberschichten der Lohnabhängigen in relativ stabilen Normalarbeitsverhältnissen, die sich der »Koalition der Gewinner« zugehörig wissen wollen. Der Makro-Korporatismus des fordistischen Klassenkompromisses wird zugunsten eines Mikro-Korporatismus, d.h. einer Intensivierung der sozialpartnerschaftlichen Kooperation auf der betrieblichen Ebene mit dem Ziel der Behauptung des Unternehmens in der Weltmarktkonkurrenz, aufgegeben. Innerhalb der gewerkschaftlichen Machtstruktur vollzieht sich infolgedessen eine weitere Verlagerung von der gesellschaftspolitisch-strategischen Führungsfunktion der gewerkschaftlichen Organisation (und ihrer Funktionäre) zu den Betriebsräten (»Betriebsrätegewerkschaft«). Die politische Bedeutung dieser Veränderung besteht vor allem

darin, daß nunmehr auch der linke Flügel der Gewerkschaften (der stets die sozialpartnerschaftliche Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften des rechten Flügels kritisiert hatte und seine Kampf- und Mobilisierungsfähigkeit zusammen mit Perspektiven der Veränderung der Machtverhältnisse als politische Orientierung vertreten hatte) vor der »neuen Sozialpartnerschaft« kapituliert.

Solche Koalitionen kommen nur zustande, wenn die beteiligten Akteure anerkennen, daß die Spielregeln ihres Verhaltens durch die »Definitionsmacht« der Weltmarktkonkurrenz bestimmt werden.<sup>11</sup> Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen, die – zunächst einmal gezwungenermaßen (d.h. unter dem Druck von Betriebs-schließungen, Produktionsverlagerungen, Massenentlassungen usw.) – die Spielregeln der Standortkonkurrenz akzeptieren, sind damit a priori auf den Status subalternen Mitspieler (»Juniorpartner«) festgelegt; denn sie verfügen nicht über die Macht, auf den Inhalt der Spielregeln selbst Einfluß nehmen zu können. Auf der überbetrieblichen Ebene wird diese Politik durch die Anerkennung der Prämissen der »Standortdebatte« (Kostensenkung, Produktivitätssteigerung und Sozialabbau) ergänzt. Sozialdemokratie (z.Zt. extrem und erfolgreich durch den Führer der Neuen Labour Party, Tony Blair, repräsentiert) und Gewerkschaften definieren sich selbst als die Protagonisten einer »progressiven nationalen Wettbewerbsfähigkeit« (vgl. dazu kritisch Panitch 1994: 81ff.; Porter 1993). Im Austausch gegen die Bereitschaft, auf eine aggressive Lohnpolitik zu verzichten und an der »Modernisierung« der nationalen Volkswirtschaft (durch »Verschlankung«, Kostensenkung, Flexibilisierung von Arbeitszeiten, »Umbau« des Sozialstaates usw.) mitzuwirken (und dabei auf wesentliche Errungenschaften der fordistischen Periode zu verzichten), wird eine Kompromißbereitschaft des modernen Managements und der Regierungen erwartet, die – etwa im Sinne des Delors'schen »Weißbuches« – Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung durch Maßnahmen der Beschäftigungssicherung, der Qualifizierung der Ar-

<sup>10</sup> »Wirklich neu in den sogenannten kapitalistischen Ländern – und dies ist der entscheidende Punkt – ist das Phänomen, daß die Zufriedenheit und die sich daraus ergebende Überzeugung heute die Haltung der Mehrheit und nicht die einer Minderheit widerspiegelt. Diese Mehrheit sucht ihren Vorteil unter dem Schutz der Demokratie, auch wenn diese Demokratie einen großen Teil der Bürger ausgrenzt. Sie ist für jene da, die eigentlich nur deshalb zu den Wählern gehen, weil sie ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Pfünde verteidigen wollen. Auf diese Weise wird eine Regierung gewählt, die sich nicht an der Realität orientiert und an gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern an dem Weltbild der Zufriedenen, die jetzt eben die Mehrheit der Wähler stellen. Ein Konsensus, der so alt ist wie die Demokratie selbst« (Galbraith, 1992: 21/22).

<sup>11</sup> Exemplarisch die Position des Göttinger Industriesoziologen Horst Kern: »... die Art und Weise, wie die deutschen Gewerkschaften immer noch soziale Sicherung konzipieren und betreiben, ist der Lösung des Innovationsproblems nicht dienlich, weil es radikale Innovationen hemmt« (Kern 1995: 13).

beitskräfte und der Forschungs- und Technologiepolitik begleiten.<sup>12</sup>

Als eine geradezu zwangsläufige Folge dieser neuen sozialpartnerschaftlichen Orientierung verstärkt sich die »Entideologisierung« der Programmatik und des Politikverständnisses der Gewerkschaften, die wir bereits für die 80er Jahre – als eine Reaktionsform auf die Krisen und Niederlagen der westeuropäischen Gewerkschaften – festgehalten hatten. Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit (darin eingeschlossen: die strukturelle Machtasymmetrie zwischen der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel sowie der Abhängigkeit und Fremdbestimmung der Lohnarbeit) wird als zentraler Bezugspunkt gewerkschaftlicher Programmatik und Politik aufgegeben. Die Gewerkschaften verstehen sich nicht länger als *Ge-*genmacht (und als Kampforganisationen), sondern beteiligen sich – mit Vorschlägen für »intelligenter« und sozial ausgewogenere Lösungen – am betrieblichen, gesellschaftlichen und politischen Diskurs über Modernisierung, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Ausgestaltung der Modernisierung usw. usf. (Forum Gewerkschaften 1996).

Die Risiken dieser Anpassung sind erheblich. Da diese ganz offensichtlich eine mehr oder weniger bewußte Reaktion auf die krisenhafte Erosion des Fordismus, der neuen Stufe der kapitalistischen Globalisierung und der Krise der Gewerkschaften darstellen, ergibt sich zugleich die Frage, ob die neue Sozialpartnerschaft diese Krise überwindet, verzögert oder sogar noch zuspitzt. Mit der Anerkennung des »Sachzwang Weltmarkt« und mit der zunehmenden Verbetrieblichung gewerkschaftlicher Interessenvertretung wird nicht nur auf den programmatischen Anspruch gesellschaftspolitischer Reformen, die die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse verändern, weitgehend verzichtet. Vielmehr werden mit dieser Politik – sofern sie überhaupt erfolgreich ist – jene Spaltungen in der Arbeitnehmerschaft festgeschrieben, die seit den späten 70er Jahren die Organisations- und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften fortschreitend ausgehöhlt und geschwächt haben. Die ständischen Elemente der gewerkschaftlichen Interessenvertretung – zugunsten der relativ privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse, zu Lasten der Unterschichten, der Arbeitslosen und der »fluktuierenden Reserven des Arbeitsmarktes« – werden sich dabei zwangsläufig verstärken. Das Überleben der Ge-

werkschaften wird an die Kooperationsbereitschaft »fortschrittlicher« Managementfraktionen gebunden – wobei oftmals darüber hinweggesehen wird, daß auch in Ländern mit starken Gewerkschaften – wie z.B. in Deutschland – die Unternehmerverbände, sobald sie sich dieser Schwäche der Gewerkschaften bewußt werden, zu einer konfrontativen gesellschafts- und tarifpolitischen »Niederwerfungsstrategie« übergehen. Zumal die deutsche Debatte über die Auseinandersetzung mit der Massenarbeitslosigkeit (»Bündnis für Arbeit«) läßt diese Tendenz nur zu deutlich erkennen: Angebote von Seiten der Gewerkschaften zur Kooperation und zum Verzicht auf Lohnsteigerungen werden von Seiten der Arbeitgeberverbände mit einem breiten Forderungskatalog von tarif- und sozialpolitischen »Grausamkeiten« beantwortet.

Elmar Altvater faßt die Risiken der weltmarktorientierten, regressiven Modernisierung für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften folgendermaßen zusammen: »Die Zunahme der Standortkonkurrenz unterwirft die Gewerkschaften einer höchst gefährlichen Logik, jenem ... »Wettlauf der Besessenen« (Paul Krugman). Dabei kann niemand gewinnen. Denn wenn überall an allen Standorten dieser Welt die Kosten abgesenkt werden, sinken auch die Einkommen, mit ihnen die Nachfrage. Die Märkte expandieren nicht so, wie sie müßten, um die in Standortkonkurrenz massenhafter und produktiver produzierten Waren wirk-

lich aufnehmen zu können. Folglich wird der Druck noch größer, und zwar nach unten. Die Zumutungen an die Arbeitnehmer werden immer brutaler; ihnen wird eingebleut, daß sie als Menschen nur so viel zählen, wie sie Kosten verursachen. Mit unerwarteter Schamlosigkeit werden »Marktwerte« von Menschen berechnet, um soziale Leistungen, auf die soziale und rechtliche Ansprüche bestehen, »marktgerecht« absenken zu können. Statt »Wohlstand für alle«, den Ludwig Erhard in den 50er Jahren versprochen hatte, kommt eventuell »Wohlstand für niemand« (Horst Ahfeldt) heraus. Der innerhalb der EU geforderte Produktivitätspakt verlangt von den Gewerkschaften auch die Akzeptanz der durch Produktivitätssteigerungen erzeugten Arbeitslosigkeit, da kaum anzunehmen ist, daß das Wachstum so dynamisiert werden kann, um die Freisetzungen infolge des Produktivitätsfortschritts zu kompensieren« (Altvater 1995: 211).

## **Der Makro-Korporatismus des fordistischen Klassenkompromisses wird zugunsten eines Mikro-Korporatismus, d.h. einer Intensivierung der sozialpartnerschaftlichen Kooperation auf der betrieblichen Ebene mit dem Ziel der Behauptung des Unternehmens in der Weltmarktkonkurrenz, aufgegeben.**

## Problemstellungen »progressiver Modernisierung«

Als *progressive* Modernisierung soll eine strategische Orientierung bezeichnet werden, die um die Schwäche der bloßen Verteidigung von Traditionsbeständen ebenso weiß wie um die neuen Herausforderungen, die mit dem Formationswandel vom Fordismus zum »Postfordismus« in der Gestaltung von Arbeit und Produktion, im sozialen und kulturellen Bereich und auch in Politik und Ideologie verbunden sind. Die Entwicklung dieser Strategie wird sich in einem komplexen und offenen Lernprozeß vollziehen, in dem die Artikulation unterschiedlicher – individueller und gruppenspezifischer – Interessen mit allgemeinen, gruppenübergreifenden Interessen der Lohnabhängigen wie derer, die aus dem System der Lohnarbeit ausgegrenzt sind, vermittelt werden muß. Schließlich wird eine solche strategische Orientierung nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, sich aus dem Status der Subalternität bzw. des Juniorpartners im neoliberalen, globalen Herrschaftsblock herauszuarbeiten und damit auch – zusammen mit anderen Kräften – Perspektiven sozialökonomischer und gesellschaftlich-kultureller Entwicklungspfade zu vertreten, die nicht der »Definitionsmacht« der Weltökonomie unterliegen (Bierbaum/Urban 1994). Der allgemeine Ausgangspunkt solcher Orientierungen könnte durch die internationale Debatte über die Notwendigkeit eines »neuen Gesellschaftsvertrages« (Deppe 1994) oder eines »Global New Deal« (Collingsworth u.a. 1994) markiert werden. Dabei geht es vor allem um eine verstärkte politische Anstrengung in Richtung auf eine sozial und ökologisch verträgliche Weltwirtschaftsordnung, die nicht die Profitmöglichkeiten des Kapitals, sondern die sozialen Belange der Gesellschaften wieder in den Mittelpunkt stellt. Radikales Denken und Handeln, das die herrschenden Sachzwänge nicht als Naturgesetze zu akzeptieren bereit ist, muß an diesem Punkt ansetzen.

Die Arbeit an einem solchen »alternativen Block« (und die Definition der praktischen Rolle der Gewerkschaften in ihm) ist nicht einfach. Angesichts der Partikularisierung der Interessen und der Heterogenisierung von Soziallagen innerhalb der Arbeiterklasse und den marginalisierten Unterschichten ist der Strategieprozeß beständig durch jene extreme Spannung bedroht (»Spagat«), die aus den extremen Schwierigkeiten resultiert, solche unterschiedlichen Interessen im Rahmen eines Konzeptes allgemeiner Interessenvertretung noch zu bündeln bzw. zu aggregieren. Wie können die neuen Arbeitnehmerschichten in den High-Tech- und Dienstleistungssektoren (deren kulturelle und politische Orientierungen vielfach durch die politische Kultur der »neuen sozialen Bewegungen« geprägt sind) organisiert werden, ohne gleichzeitig den Rückhalt

bei den traditionellen Industriearbeiterbelegschaften (mit hohen Organisationsgraden) zu verlieren? Wie ist die Interessenvertretung für hochqualifizierte Arbeitnehmergruppen vereinbar mit der Öffnung für die Interessen von Arbeitslosen und der Randschichten des Arbeitsmarktes? Wie kann in den massiven Deindustrialisierungsprozessen im Osten Deutschlands überhaupt eine stabile gewerkschaftliche Interessenvertretung gesichert werden? Wie können die Gestaltungspotentiale der »neuen Produktionskonzepte« genutzt werden, indem gleichzeitig Einfluß auf die Gestaltung der ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Umfeldbedingungen gewonnen wird, um die Freisetzungprozesse in der Folge von Rationalisierung durch eine neue Beschäftigungspolitik zu kompensieren? Welche Arbeitszeitregelungen sind möglich bzw. notwendig, um die ständig wachsende Kluft zwischen Produktivitätssteigerungen und Arbeitslosigkeit zu überwinden bzw. die Entkoppelung von Wachstum und Arbeitsmärkten umzukehren? Welche Arbeitsmarktreserven können durch eine konsequente Politik des ökologischen Umbaus erschlossen werden? Welche Formen des Widerstandes und der internationalen Gewerkschaftskooperation sind notwendig, um eine Gegenmacht zur »Definitionsmacht« des Weltmarktes – d.h. genauer: zur Hegemonie des Managements der transnationalen Konzerne und Banken – aufzubauen? Für welche Formen und Institutionen der Neuverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums haben sich die Gewerkschaften einzusetzen, um sowohl den globalen sozialen Polarisierungen zu begegnen, als auch aus der Falle der öffentlichen Armut auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu entkommen?

Die Liste dieser Fragen ist keineswegs vollständig. Allerdings läßt sich schon erkennen, daß eine Neuvermessung zwischen den klassischen Feldern der gewerkschaftlichen Interessenvertretung (vor allem der Tarifpolitik) und der Auseinandersetzung um allgemeine Regelungen für soziale Standards, für sozialpolitische Sicherungen, für Partizipations- und Kontrollrechte, für Arbeitszeitregelungen usw. notwendig ist. Überall da, wo in den 90er Jahren von einer möglichen Überwindung der Krise der Gewerkschaften in Westeuropa die Rede ist, haben sie in nationalen, politischen Aktionen in die Auseinandersetzungen um die Verteidigung sozialpolitischer Schutzrech-

---

<sup>12</sup> »Diese Strategie zielt in ihrem Kern darauf ab, ... Arbeiter und Kapitalisten zusammen für eine Entwicklung zu einer High-Tech-Produktion mit hoher Wertschöpfung und hohen Löhnen zu gewinnen und zu mobilisieren. Der Schlüssel dafür ist eine staatliche Politik, die die Ausbildung hoch qualifizierter, hoch flexibler und hoch motivierter Arbeitskräfte fördert, und die Unternehmen ermutigt, die neuesten technologischen Entwicklungen im Bereich der Mikroelektronik auszunutzen, um auf diese Weise hochwertige Produkte auf einem hohen Produktivitätsniveau durch flexible Produktionsmethoden herzustellen« (Panitch 1994: 82).

te und gegen neoliberale Anschläge auf den Sozialstaat interveniert.

Schon im Oktober und November 1994 hatten die italienischen Gewerkschaften – in der Auseinandersetzung mit der Regierung des Rechtsblocks unter Berlusconi – mit einem landesweiten Generalstreik und Massendemonstrationen gegen einen systematischen Abbau des Sozialstaats (Rentenversicherungen und Gesundheitsbereich) ihr Selbstvertrauen wiedergewonnen (Telljohann 1995: 232/3). Schließlich haben im November und Dezember 1995 die Massenstreiks im öffentlichen Dienst von Frankreich – die größte Streikwelle seit 1968 – die Regierung zur Zurücknahme von »Rationalisierungsmaßnahmen« sowie zu Verhandlungen über die »Reform der Sozialversicherungssysteme« gezwungen. Die gesellschaftspolitische Qualität dieser Auseinandersetzungen, die noch nicht abschließend zu bewerten sind, liegt jedoch ganz offensichtlich darin, daß sich hier in einem der »reichen« Länder Europas der soziale Protest gegen die Globalisierungsstrategien der Eliten sowie gegen die zunehmende Fragmentierung und Spaltung der Gesellschaft politisch artikuliert hat (Steinhilber, 1996).

Eine Tarifpolitik, die sowohl im Blick auf die Einkommensverteilung und die Reallohnentwicklung, als auch im Blick auf die Entwicklung der Arbeitszeiten, kontinuierlich Rückschläge bzw. Niederlagen hinnehmen muß, wird den Prozeß der gewerkschaftlichen Legitimationskrise noch beschleunigen. »Es ist offensichtlich, daß sich mit dieser ›Logik‹ schwerlich noch Gewerkschaften und gewerkschaftliche Tarifpolitik ›machen‹ ließe, erst recht nicht in einem Umfeld, in dem staatlich vorangetrieben eine Umverteilungspolitik herrscht, die die Arbeitnehmer zusätzlich schröpft. Eine Gewerkschafts- und Tarifpolitik, die sich in dieser ›Logik der Ohnmacht‹ erschöpfen würde, müßte unweigerlich in einen selbstzerstörerischen Strudel geraten, der sie in den allgemeinen politischen Vertrauensverlust hineinzieht, der ihr moralisch-ehrenamtliches Element und ihre Mobilisierungsfähigkeit erstickt und sie auf den schlüpfrigen Schlamm Boden einer bürokratischen Vermittlungsinstanz für die Interessen der verbleibenden Gewinner herabdrückt, auf dem am Ende nur noch die Partikel egoistischer Interessenverfolgung aufschäumen« (Schauer 1995: 36).

Je mehr die Gewerkschaften mit der Definitionsmacht des Weltmarktes, mit dem neuen Mikro-Korporatismus, mit dem Primat der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Verteilungsfragen, mit der Angebotsorientierung der herrschenden Wirtschafts- und Fiskalpolitik konfrontiert werden, um so mehr – so W. Streeck – stellt sich die Notwendigkeit der politischen Regulation von Rahmenbedingungen, auf die die Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Gestaltungsmacht Einfluß nehmen müssen: »So wie in der Vergangenheit auf der Nachfrageseite, gibt es heute

für die Gewerkschaften auf der Angebotsseite zahlreiche Möglichkeiten, eine unabhängige, machtvolle Vertretung der Mitgliederinteressen mit der Verfolgung allgemeiner sozialer und ökonomischer Interessen zu kombinieren. Solche Möglichkeiten auszuloten, erfordert in der Tat ›kooperative‹ Politiken und Strategien. Aber der Typus der Kooperation, der hier gebraucht wird, ist weit entfernt von einer passiven Hinnahme der Entscheidungen des Managements bzw. von einer Selbstbeschränkung der Gewerkschaften auf deren Durchführung. Im Gegenteil, sie erfordert eine machtvolle Intervention in die – und eine Regulation der – Unternehmenspolitik – durch Gewerkschaften, die – durch kollektive politische Aktion – in der Lage sind, einen bedeutenden Anteil an der Verantwortung für eine produktive Gestaltung (von Ökonomie und Gesellschaft) anzueignen« (Streeck 1992: 254). ■

## Literatur

- W. Adamy (1995), Der europäische Sozialstaat, in: H. Schmitthenner (Hrsg.), Der ›schlanke‹ Staat, Hamburg, S. 218ff.
- M. Albert (1992), Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/Main-New York.
- E. Altwater/B. Mahnkopf (1993), Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Maastricht, Münster.
- E. Altwater (1994), Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaates in den nationalen Wettbewerbsstaat, in: Prokla, 97, 27. Jg., S. 517ff.
- E. Altwater (1995), Gewerkschaftliche Reformpolitik vor den Herausforderungen der Globalisierung, in: H. Schmitthenner (Hrsg.), Der ›schlanke‹ Staat, Hamburg., S. 204ff.
- P. Anderson (1995), Die Krise der westeuropäischen Sozialdemokratie und die Aufgaben einer neuen Linken, Beilage zur Sozialistischen Zeitung (Köln), 10. Jg., Nr. 13, 29. Juni 1995.
- K. Armigeon (1994), Die Regulierung kollektiver Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union, in: W. Streeck (Hrsg.), Staat und Verbände, Opladen, S. 207ff.
- G. Baglioni (1990), Industrial Relations in Europe in the 1980s, in: Ders./C. Crouch (Eds.), European Industrial Relations, London, S. 1ff.
- K. v. Beyme (1991), Theorie der Politik im 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main.
- H. J. Bieling (Hrsg.) (1995), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Studie Nr. 7, Marburg.
- H. Bierbaum/H. J. Urban (1994), Erosion gewerkschaftlicher Gegenmacht? Gewerkschaften im Modernisierungsprozeß, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, 5. Jg., Heft 19, S. 35ff.
- A. Bultemeier (1994), Sozialer Sprengstoff in der EU? Zur integrationspolitischen Bedeutung der Arbeitslosigkeit, in: H. J. Bieling/F. Deppe (Hrsg.), Entwicklungstendenzen des europäischen Kapitalismus, FEG-Studie, Nr. 4, Marburg, S. 101ff.
- A. Bultemeier/F. Deppe (1995), Arbeitslosigkeit und Sozialpolitik in der EU, in: B. Jessop u.a., Europäische Integration und politische Regulierung, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Marburg, Studie Nr. 5, S. 81ff.
- H. J. Burchardt (1995), Multis in der »neuen Weltwirtschaftsordnung«, in: Sozialismus, 10/1995, S. 26ff.
- D. Burstein (1991), Weltmacht Europa, München.
- K. Busch (1991), Umbruch in Europa. Köln.
- K. Busch (1993), Gewerkschaftliche Tarifpolitik in Europa. Düsseldorf.
- R. Cockett (1995), Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983, London.
- T. Collingworth/W. J. Goolod/P. J. Harvey (1994), Time for a Global New Deal, in: Foreign Affairs, 73. Jg., Nr. 1, S. 8-13.
- W. Däubler/W. Lecher (Hrsg.) (1991), Die Gewerkschaften in den 12 EG-Ländern. Europäische Integration und Gewerkschaftsbewegung, Köln.

- F. Deppe (1981), Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg.
- F. Deppe (1989), Alter und neuer Internationalismus. Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Integrationsdynamik und linker Politik in Europa, in: ders. u.a. (Hrsg.), 1992 – Projekt Europa, Köln, S. 249ff.
- F. Deppe (1990), Zur Diskussion um die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in der EG unter dem Einfluß des »Binnenmarktes '92«, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier, Nr. 1, Marburg.
- F. Deppe (1994), Ein neuer Gesellschaftsvertrag. Anmerkungen zu einem transnationalen Krisendiskurs, in: Sozialismus, 21. Jg., Nr. 7, S. 25ff.
- F. Deppe (1995), Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. Bilanz und Perspektiven, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 10/1995.
- F. Deppe/W. Roßmann (1981), Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften, 1929-1933, Köln.
- F. Deppe/K. P. Weiner (Hrsg.) (1991), Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg.
- B. Ebbinghaus/J. Visser (1994), Barrieren und Wege »grenzenloser« Solidarität: Gewerkschaften und Europäische Integration, in: W. Streeck (Hrsg.), Staat und Verbände, Opladen, S. 223ff.
- P. K. Edwards and R. Hyman (1994), Strikes and Industrial Conflict: Peace in Europe? in: R. Hyman/A. Ferner (Eds.), New Frontiers in European Industrial Relations, Oxford, S. 250-280.
- EGB (1995), Die Aufwertung des europäischen Sozialmodells, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1995, S. 1017ff.
- B. Ehrenreich (1992), Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München.
- G. Esping-Anderson (1990), The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.
- G. Esping-Anderson (1992), The Emerging Realignment between Labour Movements and the Welfare State, in: Regini (1992), S. 133ff.
- J. Esser (1982), Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt/Main.
- J. Esser (1993), Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Frankfurt/Main, S. 409ff.
- Europäische Dokumentation, 2/1995, Positionen zur Regierungskonferenz '96, Hrsg.: Vertretung der Europäischen Kommission in der BRD, Bonn.
- Forum Gewerkschaften (1996), Richtungswechsel. Kritik des Entwurfs für ein neues DGB-Grundsatzprogramm, in: Sozialismus, 1/1996, S. 22ff.
- J. K. Galbraith (1970), Die moderne Industriegesellschaft, München.
- J. K. Galbraith (1992), Die Herrschaft der Bankrotteure (The Culture of Contentment), Hamburg.
- A. Giddens (1994), Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics, Cambridge.
- A. Glyn u.a. (1990), The Rise and Fall of the Golden Age, in: S. A. Marglin/J. B. Schor (Eds.), The Golden Age of Capitalism, Oxford 1990, S. 39ff.
- J. Grah/P. Teague (1990), The Big Market. The Future of the European Community, London.
- J. Habermas (1981), Theorie des kommunikativen Handelns, Band 2, Frankfurt/Main.
- D. Heither, »Grande Nation« auch in Europa. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Frankreich, in: Deppe/Weiner (1991), S. 69ff.
- R. Hoffmann (1995), Europäische Gewerkschaften im Strukturwandel, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg., Nr. 4, S. 197ff.
- J. Hirsch (1995), Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin.
- R. Hyman (1992), Trade Unions and the Disaggregation of the Working Class, in: M. Regini (1992), S. 150ff.
- R. Hyman/A. Ferner (1994), New Frontiers in European Industrial Relations, Oxford.
- R. Jakobitz (1995), Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und IWF-Regime, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Studien, Nr. 6, Marburg.
- B. Jessop (1995), Die Zukunft des Nationalstaats, in: ders. u.a., Europäische Integration und politische Regulierung, FEG-Studien, Nr. 5, Marburg, S. 9ff.
- P. Kennedy (1993), In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main.
- H. Kern (1995), Sicherheit contra Innovation, in: Die Mitbestimmung, 41. Jg., Oktober/1995, S. 13ff.
- L. Kießler (Hg.) (1985), Industrielle Demokratie in Frankreich, Frankfurt-New York.
- P. H. Koesters (1983), Ökonomen verändern die Welt, Hamburg.
- W. Kowalski (1995), Die vergewaltigte Königstochter. Europa neu denken, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/95, S. 506ff.
- M. Kronauer (1993), Unemployment in Western Europe, in: International Journal of Political Economy, Vol. 23, No. 2, S. 3ff.
- C. Lasch (1994), Die Revolte der Eliten. Oder: Verrat an der Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1994, S. 1437ff.
- P. Marginson/K. Sisson (1994), The Structure of Transnational Capital in Europe: the Emerging Euro-Company and its Implications for Industrial Relations, in: R. Hyman/A. Ferner (Eds.), New Frontiers in European Industrial Relations, Oxford, S. 15-51.
- H. Matthies (1994), mit U. Mückenberger, C. Offe, E. Peter, S. Raasch, Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, Reinbek bei Hamburg.
- W. D. Narr/A. Schubert (1994), Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/Main.
- K. Ohmae (1992) Die neue Logik der Weltwirtschaft, Hamburg.
- L. Panitch (1981), Trade Unions and Capitalism, in: New Left Review, No. 125, January/February 1981.
- L. Panitch (1994), Globalisation and the State, in: R. Miliband/L. Panitch (Eds.), Socialist Register 1994, London, S. 60ff.
- M. Porter (1993), Nationale Wettbewerbsvorteile, Wien.
- M. Regini (Ed.) (1992), The Future of Labour Movements, London.
- F. W. Scharpf (1987), Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/Main-New York.
- H. Schauer (1995), Erosion und »Reform« des Flächentarifvertrages, in: R. Bispinck (Hrsg.), Tarifpolitik der Zukunft, Hamburg, S. 28-43.
- T. Schulten (1992), Internationalismus von unten. Europäische Betriebsräte und transnationale Konzerne, Marburg.
- T. Schulten (1995), Auf dem Weg zu einem neuen transnationalen Unternehmenskorporatismus? in: Jessop u.a. (1995), S. 97ff.
- M. Schumann u.a. (1994), Rationalisierung im Übergang, in: WSI-Mitteilungen, 47. Jg., Nr. 7, S. 425ff.
- J. Steinhilber (1996), Frankreich auf der Straße. Aufstand gegen Maastricht, in: Sozialismus, 23. Jg., Nr. 1, S. 2-7.
- W. Streeck (1981), Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie, Königstein/Ts.
- W. Streeck (1992), Training and the New Industrial Relations: A Strategic Role for the Unions?, in: M. Regini (1992), S. 250ff.
- W. Streeck (1994), Neo-Voluntarism: A New European Social Policy Regime? Paper, Florence (unveröffentl.).
- V. Telljohann (1995), Das wiedergewonnene Selbstbewußtsein der italienischen Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg., Nr. 4, S. 227ff.
- G. Therborn (1984), The Prospects of Labour and the Transformation of Advanced Capitalism, in: Sozialismus in the World (Beograd), 8. Jg., Nr. 44, S. 50-88.
- G. Therborn (1995), European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies 1945-2000, London.
- L. Thurow (1992), Head to Head. The Coming Battle Among Japan, Europe and America, New York.
- B. Trentin (1989a), Europa im Programm der CGIL, in: F. Steinkühler (Hrsg.), Europa '92, Hamburg, S. 183ff.
- B. Trentin (1989b), Überlegungen zu neuen Aufgaben der Gewerkschaften, in: H. Grebing u.a. (Hrsg.), Sozialismus in Europa, Essen, S. 104ff.
- H. J. Urban (1995), Deregulierter Standort-Kapitalismus? Krise und Erneuerung des Sozialstaates, in: H. Schmitthenner (Hrsg.), Der »schlanke« Staat, Hamburg, S. 9ff.
- J. Visser (1992), The Strength of Union Movements in Advanced Capitalist Democracies: Social and Organizational Variations, in: M. Regini (1992), S. 17ff.
- W. Weidenfeld (Hrsg.) (1995), Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996, Gütersloh.
- U. Weinstock (1989), Europäische Sozialunion – historische Erfahrungen und Perspektiven, in: W. Däubler (Hrsg.), Sozialstaat EG? Gütersloh, S. 15ff.
- Weißbuch (1993), Kommission der EG, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Weißbuch, Luxemburg.
- Weißbuch (1994), Europäische Kommission, Europäische Sozialpolitik, Weißbuch, Luxemburg.
- H. Willke (1992), Ironie des Staates, Frankfurt/Main.
- K. G. Zinn (1993), Der langsame Abstieg in die Zukunft, in: Sozialismus, 19. Jg., 11/93, S. 25ff.